

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

141.

SITZUNG

21 - 4 - 1972

Presidente : V. FIORESCHY

Vicepresidente : BERTORELLE

VI. LEGISLATURA - VI. LEGISLATURPERIODE

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 162:

**Bilancio di previsione della Regione
Trentino - Alto Adige per l'esercizio
finanziario 1972.**

pag.

Gesetzentwurf Nr. 162:

**Haushaltsvoranschlag der Region
Trentino - Südtirol für das Finanz-
jahr 1972.**

Seite

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.15

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 20-4-1972.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Riprendiamo l'esame del *disegno di legge n. 162: « Bilancio di previsione della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1972 »*.

È aperta la discussione. Chi chiede la parola? La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich werde mich aufgrund der Vereinbarung, die zwischen den

Gruppenführern getroffen worden ist, kurz fassen. Ich hoffe, daß sich auch andere an diese Regel halten.

Wer die Erklärungen des Präsidenten des Regionalausschusses von gestern angehört oder durchgelesen hat, wird sich eigentlich mit Erstaunen bewußt, wieviel die Region, trotz der wesentlichen Aushöhlung aufgrund des Verfassungsgesetzes vom November vorigen Jahres, gesetzgeberisch noch tun kann und eben auch sich anschickt jetzt zu tun. Es geht um eine Neufassung des Grundbuchgesetzes, des Feuerwehrgesetzes, um die Handelskammerordnung, um ein Gesetz hinsichtlich Grundsätze für die Gemeindepersonalordnung — zu diesen gehören auch die Grundsätze hinsichtlich der Behandlung des Gemeindegemeinsekretärs, der ja ein Gemeindebeamter geworden ist —, und schließlich geht es um ein Gesetz über die Neufassung der Ordnung der sogenannten Fürsorgekörperschaften. Ich könnte sogar diese Liste verlängern, das heißt ich möchte sie in dem Sinne verlängern, daß der Präsident des Regionalausschusses etwas, was meiner Ansicht von unmittelbar praktischer Wichtigkeit ist, ausgelassen hat, dies umsomehr als die Region sich jetzt auf diese der Zahlen nach eingeschränkten Sachgebiete mehr konzentrieren kann: Die Region hat nämlich die Befugnis, die sogenannte Aufent-

haltssteuer neu zu regeln, verfügt hierzu über eine eigene Gesetzgebungskompetenz. Durch die Steuerreform wird wohl der sogenannte Sonderkurbeitrag, nicht hingegen die Aufenthaltssteuer abgeschafft. Wir wissen, was an dieser Aufenthaltssteuer hängt, das heißt, man könnte in Anlehnung an das, was zum Beispiel Nordtirol im Wege eines Landesgesetzes auch getan hat, die Aufenthaltssteuer so regeln, daß damit eine Steuerquelle im Verhältnis zur tatsächlichen Ausnützung, sagen wir, der Betten und etwa nicht so sehr in bezug auf die Nächtigungen erschlossen wird, die aber dann zur Gänze dem Fremdenverkehr, den Fremdenverkehrseinrichtungen, der Infrastruktur in erster Linie zugutekommt. Also wir haben hier eine Aufgabe, die anscheinend noch gar nicht gesehen wurde, jedoch von unmittelbarer praktischer Bedeutung ist.

Es obliegt mir noch die Pflicht zu sagen, daß ich nicht mit allen diesen Vorhaben, wenigstens so wie sie der Präsident des Regionalausschusses hier kurz gezeichnet hat, einverstanden sein kann, nämlich insofern als damit gesetzgeberische Zuständigkeiten, Sachgebiete der autonomen Provinzen verletzt werden und wo ich sagen muß, und zwar klipp und klar, daß meiner Ansicht damit eben die neuen Zuständigkeiten der Provinzen verletzt würden. Ich beziehe mich in erster Linie auf die Sanitätsreform.

Es geht hier insgesamt um die Frage: Was ist im Begriff Ordnung, Gesetzgebung über Ordnung, Ordnung der Handelskammern, Ordnung der Gesundheitspflegekörperschaften, Ordnung der Fürsorgekörperschaften enthalten? Und ich habe jetzt nicht die Absicht, darüber irgendeinen Standpunkt vorzutragen. Ich würde damit die mir zu Verfügung stehende Zeit bei weitem überschreiten. Jedoch möchte ich nur sagen, daß es diesbezüglich einerseits

eine Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes gibt, andererseits schon aus dem Autonomiestatut hervorgeht, daß in der Ordnung ganz allgemein zwar irgendwie die Organisation dieser Körperschaften enthalten sein kann, nicht jedoch zum Beispiel die Errichtung von solchen Körperschaften. Wenn also die Rede ist, daß ein Regionalgesetz gemacht werden soll zwecks Errichtung der Krankenhauskörperschaft «Nervenheilanstalt von Pergine», so bin ich der Ansicht, daß das nicht mehr in die Zuständigkeit der Region fällt. Hinsichtlich der Sanitätsreform, der sogenannten gesamtstaatlichen Sanitätsreform, die ja schon einmal vom Ministerrat beschlossen worden ist, und die höchstwahrscheinlich nach den Wahlen vom kommenden Parlament sehr bald wiederum beschlossen werden wird, — denn die Reform kann nicht sozusagen auf halbem Weg stehen bleiben —, so möchte ich hier sagen, daß eben schon die Ordnung der sanitären Körperschaften der Region obliegt, wo sie sogar primäre Gesetzgebung hat, jedoch alles was mit Sanitätspolitik zu tun hat, Sache der Provinzen ist, und alles, was Hygiene und Gesundheitswesen inhaltlich ausmacht, eben Sache der Provinzen bleiben muß. Ich bin mir sehr bewußt, daß es gut ist, daß die Region doch hier eine primäre Zuständigkeit für die Ordnung der sanitären Körperschaften behalten hat. Das dürfte sich hinsichtlich der Frage, wie weit wir Grundsätze der gesamtstaatlichen sanitären Reform übernehmen müssen, was die Ordnung betrifft, vorteilhaft auswirken. Ich möchte diesbezüglich erinnern, daß wir, die Gruppe der Südtiroler Volkspartei, auch in der Zeit, wo wir nicht im Regionalausschuß waren, trotz Opposition, immer den Standpunkt vertreten haben — ich persönlich habe auch immer diesen Standpunkt vertreten —, daß gegenüber dem Staat hier die Region, die Pro-

vinzen zusammen, eine Front in der Verteidigung der Autonomie bilden sollen. Und so sollte es in Zukunft bleiben, in erster Linie auch bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen, also bei der Vertretung des autonomen Standpunktes in der paritätischen Kommission für die Durchführungsbestimmungen. Jedoch gerade deswegen bin ich der Ansicht, daß es höchstwahrscheinlich nicht gut ist, wenn wir etwa verlangen würden, in den Durchführungsbestimmungen eine Begriffsbestimmung und eine Abgrenzung der Begriffe einzuführen: einerseits was die Ordnung betrifft, was also Zuständigkeit der Region ist, andererseits was die Zuständigkeit der Provinzen auf dem Sachgebiet Hygiene und Sanität sowie auf dem Sachgebiet Fürsorge- und Wohltätigkeitswesen usw. angeht, denn ich glaube, es ist besser, wir behalten uns diesbezüglich unter uns eine Elastizität vor, ganz besonders im Hinblick darauf, daß zum Beispiel hinsichtlich der Sanitätsreform die Region primäre Zuständigkeit über die Ordnung bewahrt hat; die Provinz hat das Sachgebiet als solches; hinsichtlich der Fürsorge, « assistenza e beneficenza », haben wir eine primäre Zuständigkeit für das Sachgebiet als solches, was den Inhalt anbelangt, die Region hingegen nur sekundäre Zuständigkeit hinsichtlich Ordnung der Körperschaften und ähnliches mehr. Es ist selbstverständlich ein Unterschied — das möchte ich auch betonen —, solange die Region wie beim Kreditwesen nur die Ordnung der örtlichen Kreditanstalten hat und alles andere beim Staate bleibt, nicht wahr, während jetzt zwischen den autonomen Körperschaften eine Arbeitsteilung erfolgt ist, so daß die Provinzen, die primäre oder sekundäre Zuständigkeit auf dem gesamten Sachgebiet in seiner breitesten Auffassung haben, die Region eben auch wieder nur die Ordnung, das Sachgebiet

bewahrt hat, wobei es klar ist, daß wenn zum Beispiel heute im Autonomiestatut stünde: « Hygiene und Sanität », nur diese zwei Worte, oder: « Fürsorge und Wohlfahrt », « assistenza e beneficenza », nur diese zwei Worte und nichts weiteres, die Provinzen automatisch alles haben würden; sie würden die Ordnung und die Körperschaften haben usw. Also in dieser Definition: « Hygiene und Sanität » wäre alles einbegriffen und ist nur ein Teil, ein Fragment, herausgeschält worden, um es der Region vorzubehalten. Ich bin deswegen auch der Ansicht, daß zum Beispiel die Errichtung der Wohlfahrts- und Fürsorgekörperschaften nicht in die Verwaltungszuständigkeit der Region fällt, sondern in die Verwaltungszuständigkeit der Provinzen.

In diesem Zusammenhang noch kurz — bevor ich auf das ENEL übergehe — eine philosophische Erwägung über die Zuständigkeit des Feuerwehrwesens, über die Sache, die derzeit noch umstritten ist, nämlich die Zuewendung der Mittel. Ich habe öfters Gelegenheit gehabt, unseren Feuerwehren zu sagen — bitte, leider ist es nicht gelungen, das Feuerwehrwesen in die Zuständigkeit der autonomen Provinz überzuführen, jedoch oft passiert es, daß neben dem Schaden auch ein Nutzen da ist; der Nutzen würde dar in bestehen, daß die Region an Sachgebieten, für die sie Geld ausgeben kann, nur mehr sehr wenige bewahrt hat und zwar eben die Entwicklung des Genossenschaftswesens, die Sozialversicherung und soziale Vorsorge, (« assicurazione e previdenza sociale »), und das Feuerwehrwesen. Also, habe ich gesagt, wird sich die Region mehr als bisher des Feuerwehrwesens annehmen, weil es eines der ganz wenigen Gebiete ist, für die sie ihre Zuständigkeit bewahrt hat. Ich möchte jedoch wirklich nicht, daß dies so aufgefaßt würde, als wünschte ich, daß diese Phi-

losophie, daß dieser Schluß auch seine Richtigkeit bewahrt, denn es würde sonst den Anschein erwecken, als ob die Region tatsächlich das Feuerwehrwesen behalten hat, vom Staat her behalten hat, weil man die Entwicklung des Feuerwehrwesens, zumindest in Südtirol, eher entmutigen als ermutigen will.

Und ich muß noch etwas, was die Zuständigkeit betrifft, sagen: Ich bin nicht der Ansicht, daß die Fürsorge für die Zivilblinden in der Zuständigkeit der Region, also etwa der diesbezügliche Haushaltsposten im Regionalhaushalt, verbleiben kann, denn es geht da um eine ganz offensichtliche Fürsorgetätigkeit, « assistenza », wie sie im ersten Absatz des Artikels 38 der Verfassung beschrieben ist und nicht etwa im zweiten Absatz des Artikels 38, also um eine Fürsorgetätigkeit, die unter die primäre Zuständigkeit der Provinzen fällt.

Dasselbe gilt — und damit bin ich am Ende dieses ersten Teiles — auch für die vom Präsidenten des Regionalausschusses angekündigte Aktion bezüglich des Schutzes der Gesundheitsbedingungen an den Arbeitsstätten! Das ist ganz einwandfreie Sache der Provinzen aufgrund der Zuständigkeit für Hygiene. Wenn es eines Beweises bedürfte, so wäre er schon damit gegeben, daß die Normalregionen aufgrund ihrer Zuständigkeit für Gesundheitsbetreuung und Krankenhauspflege ausgesprochen und ganz klar unter der Bezeichnung « tutela sanitaria nei luoghi di lavoro », also Gesundheitsschutz an den Arbeitsstätten, diese Zuständigkeit zugewiesen erhalten haben.

Der Präsident des Regionalausschusses berührt dann die Frage des Guthabens aufgrund des alten Artikels 10, und zwar hinsichtlich des Zeitraumes 1961 bis Anfang 1972, also im Zeitraum von elf Jahren, nicht nur dem ENEL gegenüber, sondern auch den anderen Energieerzeugern. Und er sagte: Die diesbe-

zügliche Verhandlung müßte eigentlich sobald als möglich abgeschlossen werden, denn der Ablauf, das Vergehen der Zeit trägt nicht dazu bei, den Kaufwert der Summe, die herauschauen soll, zu erhalten. Jetzt möchte ich hier auch — und ich glaube, ich habe dieselben Unterlagen wie Präsident Grigolli, vom selben Funktionär ausgearbeitet — die Versuche, die der Regionalrat in der Vergangenheit gemacht hat, um den alten Artikel 10 sozusagen umzugestalten, einerseits um die Stromlieferung praktisch zu ermöglichen, andererseits um die Abfindung in Geld auch gesetzlich zu ermöglichen, kurz erwähnen. Es ist die de facto Abfindung bis einschließlich 1960, um 105 Lire pro Kilowatt Nennleistung, erfolgt. Es wurde ein Votumsgesetz des Regionalrates im Dezember 1963 verabschiedet, wo man unsere Forderung nicht aufgrund eines Wunschdenkens, sondern sachlich begründet, nicht auf 105 Lire, sondern auf 2.040 Lire beziffert hat. Es haben dann einmal sogenannte Konsulenten — Gott bewahre uns vor solchen Konsulenten in Zukunft, möchte ich sagen — den Wert des Artikels 10 im Jahre 1965 auf 670 Lire beziffert; in der Folge wurde dann das Votumsgesetz des Regionalrates vom 15. Januar 1970, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Artikels 10 im Neuner-Komitee — dort wurden 1.000 Lire verlangt — und schließlich das neue Autonomiestatut, Artikel 11, verabschiedet, wo erreicht worden ist, daß für den Kilowatt Nennleistung 1.364 Lire herauschauen, also weniger als das, was der Regionalrat im Dezember 1963 verlangt hat, jedoch wesentlich mehr als die Abfindung vom Jahr 1960 betragen hat bzw. die sogenannten Berater als äußerstes angegeben haben, denn, wie diese damals behaupteten, « könne man, dürfe man nicht mehr verlangen, es würde nicht mehr herauschauen ». Ich möchte hier

zum Betrag 1.364 Lire, der jetzt erreicht wurde, nur folgendes sagen: Das ist der Betrag, den wir für das Kilowatt Nennleistung bekommen, wobei ich davon nichts abzuziehen habe — darauf möchte ich besonders hinweisen —, auch nicht die 10-Centésimi-Steuer, die ja aufgehoben worden ist; also diese 1.364 Lire/Kilowatt Nennleistung sind der Geldwert für den Artikel 10, was mit der 10-Centésimi-Steuer nichts zu tun hat, weil diese durch das Wiederaufleben der Anrainerabgabe aufgehoben wurde. Nun kurz: Ich verweise auf den Vorlagebericht der Regierung zum Verfassungsgesetz. Dort steht, daß der neue Artikel 11 nichts anderes bezweckt als — wie gemäß Paket vorgesehen — die Rechte der Region auf die Provinzen überzuführen, weiter gar nichts.

Wir haben eben dann versucht zu erreichen und auch erreicht, daß der Text des Artikels so umgestaltet wurde, daß praktisch eben die Energie lieferbar bzw. abholbar und gleichzeitig selbstverständlich die Umwandlung, wenn nötig, in Geld möglich ist.

Es geht aus dem Vorlagebericht, der immerhin die Absicht des Gesetzgebers darlegen soll, hervor, daß Zweck der Neufassung des Artikels 11 nicht derjenige war, etwa den Provinzen, anstelle der Region, mehr zuzuschancen als im alten Artikel 10 die verfassungsgebende Versammlung der Region geben wollte, sondern in erster Linie die Abfindung in Geld zu regeln, wobei derselbe Inhalt beibehalten wurde. Und dieser Standpunkt, daß inhaltlich das, was die verfassungsgebende Versammlung seinerzeit geben wollte, inhaltlich dasselbe geblieben, also keine Verbesserung und damit keine größere Belastung der Energieerzeuger herausgekommen ist, dieser Standpunkt ist von der Regierung bei der gesamten Behandlung im Parlament immer wieder vertreten worden.

Ich sage das im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen. Auch ich bin dafür, daß sofort in Verhandlungen eingetreten werden soll, daß jedoch nicht so verhandelt werde, daß man auf gewisse Ratgeber hört und sagt « mehr schaut nicht heraus, also können wir auch nicht mehr verlangen », denn, wie gesagt, wenn wir diesen Ratgebern gefolgt wären, dann hätten wir im Jahre 1965 eben 670 Lire erreicht, nicht wahr, gegenüber den heutigen 1.364 Lire, also so ungefähr die Hälfte. Ich bin nun der Ansicht — und ich möchte damit abschließen —, wenn wir von dem ausgehen, was der heutige Wert, was die Abfindung in Geld gemäß Artikel 11 des neuen Verfassungsgesetzes ist — also von 1.364 Lire — einerseits und von dem, was der Regionalrat im Votumsgesetz vom 15. Januar 1970 als Übergangsbestimmung verlangt hat, wo er sagt: Für die Zeit zwischen 1961 und dem Inkrafttreten des neuen Verfassungsgesetzes verlangt die Region 1.000 Lire pro Kilowatt Nennleistung — also auf der einen Seite 1.364, auf der anderen Seite 1.000 Lire —, so ergeben einerseits die 1.364 Lire auf elf Jahre und rund 1.250.000 Kilowatt bezogen entweder rund 19 Milliarden als obere Grenze oder rund 14 Milliarden als untere Grenze andererseits. Wenn schon sind das die Grenzen, innerhalb denen sich eine Verhandlung bewegen kann, ansonsten eben die Gerichtsbarkeit angerufen werden muß, denn ich bin nicht und war nie so pessimistisch und habe immer darauf bestanden, daß wir eben die günstigste Gelegenheit, die sich dann durch das neue Verfassungsgesetz ergeben hat, abwarten und dies hat sich auch gelohnt. Ich bin auch heute nicht der Ansicht, daß wir hier einfach nur das annehmen, was eben das ENEL bietet, denn wir haben gute Gründe, gute Argumente, um innerhalb dieser — ich möchte sagen — Schere unseren Stand-

punkt durchzusetzen. Ich bin allerdings der Ansicht, daß dieses Guthaben, das aufgrund des Artikels 10 verlangt wird, die Förderung der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung zur Zweckbestimmung hat. Sie wissen ja, der Bozner Landtag hat ein Gesetz verabschiedet, dessen Termin übrigens am 8. Mai verfällt, wo er sozusagen die Mittel vorwiegend für die Elektrifizierung auf dem Lande in den entlegeneren Gegenden, die entweder überhaupt nicht oder sehr schlecht versorgt sind, bestimmt. Es betrifft fast ein Viertel der Bevölkerung der Provinz. Also das war ja das Unmittelbarste, was hätte auch sonst Dringlicheres damit finanziert werden sollen. Ich bin also der Ansicht, daß diese Mittel dann der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung zugutekommen sollen und daher in die Zuständigkeit der Provinzen fallen müssen. Deswegen bin ich auch der Ansicht, daß die Verhandlungen gemeinsam durch Vertreter der Region und Vertreter der beiden Provinzen, also durch eine Abordnung, wie es im Votumgesetz vom 15. Januar 1970 in der Übergangsbestimmung steht, abgeführt und die Verwendung dieser Summen dann im Einvernehmen zwischen der Region und den beiden Provinzen erfolgen soll.

Wie zynisch andererseits der Verhandlungspartner ist — und da meine ich nicht nur das ENEL, sondern eben diese sogenannten großen Selbstverbraucher, « autoproduttori » —, beweist der Umstand, daß vorgestern Vertreter des Industriellenverbandes von Bozen bei mir waren und unter anderem angekündigt haben, daß das Landesgesetz rückverwiesen wird: Ihr habt unsere Forderung, daß den Selbstverbrauchern (« autoproduttori »), etwa nicht nur den intensiven, so wie wir es für die Magnesio vorgesehen hatten, sondern allgemein den Selbstverbrauchern, also auch Montecatini Edison, gegenüber ein Tarifnachlaß

erfolgen soll, nicht berücksichtigt; das Gesetz wird sowieso rückverwiesen, also — simpli-citer — wir werden dafür sorgen, daß es rückverwiesen werde; dann werdet ihr mit uns verhandeln müssen, ihr hättet doch auch der Montedison einen Tarifnachlaß gewähren sollen, damit sie mit diesem Geldgeschenk die Schäden, die der Landwirtschaft durch die Rauchplage entstanden sind, vergüten kann. Montecatini braucht Geld aus diesem Elektrifizierungsfonds, damit sie die Bauern, die zugebenermaßen geschädigt worden sind, vergüten kann. Ich meine, da ist wohl der Gipfel des Zynismus!

(Come convenuto dai capigruppo il mio intervento sarà breve e spero che anche gli altri consiglieri si attengano a questa regola.

Chi ha ascoltato e letto le dichiarazioni fatte ieri dal Presidente della Giunta regionale, si renderà conto con meraviglia, quanto la Regione può ancora operare e quanto intende intraprendere sul piano legislativo, nonostante lo svuotamento delle competenze regionali in seguito all'entrata in vigore della legge costituzionale del novembre dello scorso anno. Nel caso specifico trattasi di una rielaborazione della legge sul libro fondiario, del provvedimento legislativo concernente il servizio antincendi, dell'ordinamento delle camere di commercio, nonché di una legge concernente massime sull'ordinamento del personale dei Comuni — tali massime comprendono pure principi concernenti il trattamento economico dei segretari comunali, divenuti ora funzionari dipendenti dei rispettivi Comuni — ed infine di una legge concernente il riordinamento dei cosiddetti enti assistenziali.

Potrei aggiungervi addirittura qualche cosa a questo elenco, vale a dire che desidero farvi un'aggiunta, poiché il Presidente della

Giunta regionale ha ommesso qualche cosa che a mio avviso è di immediata pratica importanza, considerato che l'amministrazione regionale potrà d'ora in poi concentrarsi maggiormente su determinati problemi, vale a dire su queste materie numericamente ridotte.

La Regione infatti ha la facoltà di disciplinare ex novo la cosiddetta imposta di soggiorno, avendo a tal proposito una propria competenza legislativa, che non verrà revocata con l'entrata in vigore dell'annunciata riforma tributaria. Tale riforma sopprime la cosiddetta sovratassa di cura, mentre l'imposta di soggiorno rimane ulteriormente in vigore. Sappiamo infatti quanto dipenda da questa imposta di soggiorno, vale a dire che potremmo accostarci ad un provvedimento introdotto, ad esempio, nel Tirolo del Nord mediante una legge della Dieta regionale, disciplinando l'imposta in parola nel modo, da creare una vera e propria entrata tributaria in rapporto alla effettiva utilizzazione, diciamo, dei letti, basandoci così sul numero dei letti, anziché sui pernottamenti. Il relativo gettito verrebbe poi speso interamente a favore del turismo, dei relativi impianti e soprattutto delle infrastrutture turistiche. Trattasi dunque di un compito di immediata pratica importanza, il quale non è stato ancora evidentemente preso in considerazione.

Mi sento in dovere fare presente che non mi posso dichiarare d'accordo con tutto ciò che si intende realizzare, almeno nel modo come lo ha esposto il signor Presidente della Giunta regionale, per quanto gli intendimenti di cui sopra ledono le competenze legislative delle due province autonome, nonché per essere chiari, per quanto, a mio avviso, potrebbero ledere le nuove funzioni provinciali. Mi riferisco principalmente alla riforma sanitaria. Nel caso specifico trattasi infatti della comples-

sa questione, cioè di ciò che si intende esprimere con il concetto di ordinamento, vale a dire con la legislazione sull'ordinamento delle Camere di commercio, degli Enti di assistenza e di beneficenza. Non intendo esporre in merito un qualsiasi punto di vista, poiché il tempo concessomi per questo intervento non sarebbe sufficiente. Desidero tuttavia dire a tal proposito che sussiste già una sentenza pronunciata dalla Corte costituzionale ed inoltre dallo statuto di autonomia emerge chiaramente che per ordinamento può essere intesa soltanto l'organizzazione ecc. di questi enti, ma non comunque una nuova istituzione. Se ci si propone quindi di elaborare una legge regionale per creare l'ente ospedaliero od « istituto neurologico di Pergine », sono convinto che si esula dalla competenza della Regione. Per quanto riguarda la riforma sanitaria, la cosiddetta riforma ospedaliera nazionale, approvata già una volta dal Consiglio dei Ministri e che molto probabilmente verrà approvata dopo le elezioni dal neo eletto Parlamento, — la riforma infatti non può fermarsi, se è lecito dire, a metà strada, — desidero fare presente che l'ordinamento degli enti sanitari spetta sì alla Regione, che vanta a tal proposito addirittura una competenza legislativa primaria, mentre la politica sanitaria, l'igiene e la sanità fanno e dovranno fare anche in seguito parte della sfera delle competenze provinciali. Mi rendo conto che è un bene che la Regione abbia mantenuta la competenza primaria per l'ordinamento degli Enti provinciali, la qualcosa si dimostrerà molto vantaggiosa visto che, per quanto riguarda l'ordinamento, dovremo assumere le massime della riforma sanitaria nazionale. Desidero ricordare che anche nel periodo, in cui non facevamo parte della coalizione di Giunta, come gruppo consiliare della S.V.P. ed io personalmente abbiamo sostenuto, nonostante la

opposizione, il punto di vista che la Regione e le due Province dovrebbero formare non solo ora ma anche in futuro un fronte contro lo Stato a tutela dell'autonomia e ciò soprattutto in sede di elaborazione delle norme di attuazione, in seno alla relativa commissione paritetica. Non ritengo pertanto opportuno richiedere nelle norme di attuazione una determinazione dei concetti per introdurre una delimitazione degli stessi, vale a dire, ciò che cade nella competenza della Regione e delle Province, per quanto riguarda il settore dell'igiene, sanità, assistenza, beneficenza ecc., poiché ritengo sia meglio riservarci nel nostro ambito una certa elasticità ed in particolare in relazione al fatto che riguardo la riforma sanitaria, la Regione ha mantenuto le competenze primarie circa l'ordinamento; nel settore dell'assistenza e della beneficenza come tale, le Province vantano una competenza primaria, mentre alla Regione è riservata in tal senso la competenza secondaria e primaria, per quanto concerne l'ordinamento degli enti. Sussiste naturalmente una differenza, lo desidero rilevare, come nel caso del credito, in cui la Regione dispone soltanto delle competenze sull'ordinamento dei relativi istituti, mentre tutto il resto è posto nel potere dello Stato; ora si è giunti ad una suddivisione delle facoltà legislative fra enti autonomi, dimodoché le Province dispongono di una competenza primaria e secondaria nel senso più ampio della parola in tutto il settore, e la Regione continua a vigilare sul relativo ordinamento. È dunque evidente che, qualora nello statuto di autonomia si leggesse: igiene e sanità, assistenza e beneficenza, senza alcuna altra parola aggiuntiva, alle Province sarebbe accordato automaticamente l'intero settore, vale a dire l'ordinamento, gli enti ecc. La definizione quindi « igiene sanità » comprenderebbe tutta la ma-

teria, ma così è stato tolto un frammento di potere per riservarlo all'amministrazione regionale. Sono pertanto dell'opinione, che l'istituzione di enti di assistenza e beneficenza non compete alla Regione, ma bensì alle Province.

Prima di passare all'argomento dell'ENEL, desidero fare brevemente a tal proposito una considerazione filosofica in merito alla competenza del servizio antincendi, riguardo quella particolare questione che forma ancora oggetto di discussioni, vale a dire l'elargizione dei mezzi. Ho avuto più volte occasione di dichiarare ai nostri corpi dei vigili del fuoco, che purtroppo non siamo riusciti di trasferire la competenza sui servizi antincendi alle Province, tuttavia come spesso accade, non tutti i danni vengono per nuocere. Il vantaggio consisterebbe nel fatto che alla Regione sono rimaste poche materie, dimodoché in futuro dovrà provvedere soltanto allo sviluppo dei consorzi, all'assicurazione e previdenza sociale, ed al servizio antincendi: perciò, ho continuato, l'amministrazione regionale si occuperà maggiormente di detto settore, trattandosi appunto di una delle poche materie rimaste di sua esclusiva competenza. Non vorrei comunque che ciò venisse interpretato come mio desiderio che questa filosofia, vale a dire questa conclusione, venga mantenuta nella sua esattezza, altrimenti sembrerebbe che la Regione avesse ottenuto le competenze sul servizio antincendi, per scoraggiare anziché incoraggiare, almeno in Alto Adige, lo sviluppo di suddetto servizio.

Per quanto riguarda la competenza desidero inoltre aggiungere di non essere dell'opinione che l'assistenza ai ciechi civili cade nella competenza regionale e che quindi suddetto titolo non può rimanere nella rispettiva partita del bilancio della Regione, poiché nel caso specifico trattasi evidentemente di un tipo di as-

sistenza contemplato dal primo comma dell'art. 38 della costituzione e non di una attività assistenziale, di cui al secondo comma di predetto articolo, la cui competenza primaria spetta unicamente alle Province.

La stessa cosa dicasi pure — e con ciò sono arrivato alla fine della prima parte di questo mio intervento, — per l'azione annunciata dal Presidente della Giunta regionale riguardo la tutela sanitaria nei luoghi di lavoro! Tale problema riguarda senz'altro le Province in quanto concerne la competenza sull'igiene. Se fosse necessario fornire a tal proposito una prova, è sufficiente ricordare che alle regioni a statuto ordinario è stata attribuita, in base alla loro competenza in materia dell'assistenza sanitaria ed ospedaliera, proprio per la « tutela sanitaria nei luoghi di lavoro », questa facoltà legislativa.

Il Presidente della Giunta regionale ha sfiorato inoltre la questione dell'onere riguardante il vecchio articolo 10, riferendosi all'arco di tempo di 11 anni e cioè dal 1961 fino all'inizio dell'anno 1972, non soltanto nei confronti dell'E.N.E.L., ma anche di altri produttori. Egli ha affermato testualmente: « Vorremmo vedere ravvicinata la relativa trattativa, posto che il trascorrere del tempo non contribuisce a consolidare il valore reale della cifra che si andrà a realizzare ». Desidero pertanto menzionare brevemente — e credo di essere in possesso della stessa documentazione, di cui dispone il presidente Grigolli, documentazione che è stata elaborata dallo stesso funzionario — i tentativi fatti in passato dal Consiglio regionale, per modificare, per così dire, il vecchio articolo 10, per rendere praticamente possibile la fornitura di energia elettrica da una parte, nonché per poter raggiungere un accordo nei limiti della legge in merito all'importo di denaro. Detto accordo è stato raggiunto de

facto fino al 1960 compreso, in cui erano state fissate 105 lire per ogni kw di potenziale nominale. Nel dicembre 1963 il Consiglio regionale approvò una legge voto, in cui le nostre richieste non furono motivate in base a quanto si desiderava, ma in modo oggettivo, richiedendo anziché 105, 2.040 lire. Nell'anno 1965 cosiddetti consulenti — Dio ci liberi in futuro da simili consulenze — fissarono il valore dell'articolo 10 in 670 lire, in seguito alla qual cosa il Consiglio regionale approvò il 15 gennaio 1970 la legge voto in relazione all'elaborazione del nuovo articolo da parte del comitato dei nove, — con cui si richiedevano 1.000 lire — ed infine si giunse alla approvazione del nuovo statuto di autonomia e precisamente all'articolo 11, in cui venivano fissate 1.364 lire per ogni kw di potenza nominale, vale a dire di meno, di quanto aveva chiesto nel dicembre dell'anno 1963 il Consiglio, ma tuttavia molto di più di quanto convenuto nel 1960, nella fattispecie di quanto i cosiddetti consulenti avevano indicato quale cifra massima, affermando che di più non era possibile e non era lecito pretendere, poiché ciò costituiva l'importo massimo ricavabile. Desidero comunque soffermarmi sull'importo di 1.364 lire, che è stato ora raggiunto, per dire quanto segue: Si tratta della somma che otterremo per ogni kw di potenziale nominale, libera da ritenute, ivi compresa l'imposta dei 10 centesimi, notoriamente soppressa; queste 1.364 lire pro kw di potenziale nominale rappresentano il valore pecuniario dell'art. 10, che non ha nulla a che fare con l'imposta dei 10 centesimi, che, ripeto, è stata soppressa con la reintroduzione del contributo a favore dei Comuni rivieraschi. Mi richiamo brevemente alla relazione governativa della legge costituzionale. Ivi infatti risulta che il nuovo art. 11 non persegue nessun

altro scopo — come del resto previsto dal pacchetto — che quello di trasferire questi diritti dalla Regione alle Province. Noi abbiamo quindi cercato di far modificare il testo dell'articolo in modo tale, — e ci siamo riusciti — da rendere praticamente possibile la fornitura, nella fattispecie il ritiro dell'energia e naturalmente la conversione della dovuta quantità di corrente elettrica in denaro. Dalla relazione, che dovrebbe esporre l'intenzione del legislatore, si legge comunque che lo scopo della rielaborazione dell'art. 10 non fu quello di offrire alle Province maggiori possibilità, rispetto a quelle riservate a sua volta dall'assemblea costituente alla Regione, in base al predetto articolo, ma innanzitutto di regolare l'indennizzo in denaro, lasciando invariato il contenuto. Tale punto di vista, cioè che non si è provveduto a modificare il contenuto e che lo stesso corrisponde a quanto stabilito a suo tempo dall'assemblea costituente, e che quindi non è stato operato alcun miglioramento, dal quale derivi un maggior onere a carico dei produttori di energia elettrica, è sempre stato sostenuto dal Governo davanti al parlamento durante la discussione generale. Dico questo in considerazione delle future trattative. Anch'io infatti sono del parere di avviare subito le trattative, senza per altro prestare orecchio a certi consulenti ed affermare che di più non è possibile ricavare e che quindi non è lecito avanzare richieste di maggiore entità, poiché, come già detto, se avessimo dato retta a simili consulenze, nell'anno 1965 avremmo ottenuto 670 contro le attuali 1.364 lire, dunque circa la metà. Sono dell'opinione che, — e con ciò desidero concludere — se teniamo come base di partenza l'attuale valore dell'indennizzo, di cui all'articolo 11 del nuovo statuto di autonomia, vale a dire di 1.364 lire, e che quello che il Consiglio re-

gionale richiese con la legge voto del 15 gennaio 1970, che equivale ad una norma di transazione, dalla quale risulta che dal 1961 fino all'entrata in vigore della nuova legge costituzionale, la Regione richiede 1.000 lire per ogni kw di potenziale nominale — dunque 1.364 lire da una parte e 1.000 lire nell'altra —, risulta che per circa 1.250.000 kw, relativi a 15 anni, l'importo massimo convertito in denaro ammonta a circa 19 miliardi ed a 14 miliardi circa quello minimo. La trattativa dunque deve avvenire entro questi limiti, altrimenti saremo costretti rivolgerci alla giustizia, poiché non sono e non sono mai stato pessimista; ho sempre infatti insistito di attendere l'occasione opportuna, che si sarebbe presentata grazie alla nuova legge costituzionale e credo ne sia valsa la pena. Anche in questo caso sono dell'avviso di non accettare senz'altro quanto ci offre l'E.N.E.L., poiché abbiamo buoni motivi, buone argomentazioni per imporre, oso dire, in questa morsa, il nostro punto di vista. Ritengo comunque che l'importo, richiesto in base all'articolo 10 venga impiegato per favorire lo sviluppo economico sociale. Come noto, il Consiglio provinciale di Bolzano ha approvato una legge, il cui termine scade del resto l'8 maggio, con cui destina predetti mezzi soprattutto per l'elettrificazione delle zone periferiche, prive o comunque con insufficienti impianti elettrici, nelle quali vive circa un quarto della popolazione. Questo come provvedimento immediato, altrimenti che cosa di più urgente si sarebbe dovuto finanziare. Sono dunque dell'opinione che questi mezzi debbano favorire lo sviluppo economico sociale e che quindi vadano attribuiti alle Province, per cui sostengo che le trattative vengano svolte di comune accordo da rappresentanti della Regione e delle due Province, dunque da una delegazione, come risulta dalla

norma transitoria della legge voto del 15 gennaio 1970, e che la destinazione dei relativi mezzi venga infine concordata fra Regione e le due Province.

Quanto del resto siano cinici i nostri partner — non intendo soltanto l'E.N.E.L., ma anche i grandi autoproduttori — lo prova la circostanza che ieri l'altro sono venuti da me rappresentanti dell'unione industriali di Bolzano, annunciando fra l'altro il rinvio della legge provinciale in questo modo: voi non avete tenuto conto delle nostre richieste tendenti ad ottenere una riduzione di tariffa a favore degli autoproduttori e non soltanto per quelli intensivi, come avevamo previsto per il magnesio, ma per gli autoproduttori in generale, compresa quindi la Montecatini-Edison; la legge verrà comunque rinviata, dunque simpliciter, ci penseremo noi a fare rinviare il provvedimento legislativo ed allora dovrete trattare con noi stessi, in quanto avreste dovuto concedere una riduzione di tariffa anche alla Montedison, affinché essa possa con questo regalo indennizzare i danni causati dai fumi industriali nel settore agricolo. La Montecatini ha quindi bisogno di attingere denaro dal fondo riservato alla elettrificazione, per indennizzare i contadini, che per sua ammissione sono stati danneggiati. Credo che simile affermazione sia da considerarsi il colmo del cinismo!)

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): La Regione stessa rimane pur sempre un centro di orientamento e di direzione politica e sarebbe sbagliato, in un momento difficile per la vita della nostra regione, del nostro Paese, sottovalutare questo fatto e perdere questa occasione, offertaci dal dibattito sul bilancio regionale, per un

esame della situazione politica, il più approfondito e il più puntuale possibile. Dico subito che il filo conduttore della relazione del signor Presidente appare elusivo e grave. Vi è in esso una risposta pesantemente negativa ai problemi che stanno di fronte alla nostra regione e alle nostre popolazioni. Problemi e orientamenti che richiedono misure e indirizzi politici generali radicalmente nuovi rispetto a quelli seguiti nel passato. E questo è tanto vero, su tutto l'ordine di problemi, che sono pure in parte elencati nella relazione del Presidente della Giunta, nei loro riflessi locali, che si è aperta nel nostro Paese la più grave crisi del dopoguerra e che proprio su questi problemi si è avuto lo scioglimento anticipato delle Camere per la prima volta dalla fine della guerra. Stupisce e non è accettabile il tono predicatorio, cattedratico, anche accademico, un po' aulicamente disimpegnato, come se le cose potessero esser viste dall'alto, queste cose, questi fatti gravi che travagliano anche la nostra regione. C'è uno sforzo di inserire la problematica e la tematica locale nel contesto più generale, però è accuratamente nascosto il nodo dei problemi e la via corretta per dare ad essi una soluzione. Ma qual è questo nodo di fondo dei problemi, che riguarda direttamente noi? Il nodo è dato dal tipo di modello di sviluppo economico che ha caratterizzato il nostro Paese e direttamente la nostra regione in questi ultimi decenni. Tipo di sviluppo, modello di sviluppo che non può andare avanti. È un tipo di sviluppo che è stato caratterizzato dai bassi salari e dagli alti profitti, che ha portato alla degradazione e alla emarginazione di regioni intere del nostro Paese, e non soltanto del Mezzogiorno, ma di regioni anche del centro e del nord, di cui larga parte del Trentino è un esempio scottante e grave; ha portato la congestione nei grandi centri urbani e

alla piaga dell'emigrazione, che affligge anche la nostra regione, il Trentino in primo luogo, ma anche l'Alto Adige, dove migliaia e migliaia di lavoratori sudtirolesi, di giovani, di forza lavorativa qualificata, il più delle volte è stata costretta ad andarsene in Germania, in Svizzera o in altri Paesi europei. Si dice che siamo il settimo Paese industriale del mondo, ed è vero, ma non si dice che a questo approdo si è arrivati attraverso una spaventosa acutizzazione degli squilibri tradizionali del nostro Paese, territoriali e sociali. Quando leggo a pag. 10 della relazione, che la crisi strutturale del nostro Paese avrebbe un carattere poco oggettivo, c'è veramente da stupirsi. È una crisi strutturale questa, profonda, e le ragioni sono soprattutto ed essenzialmente oggettive. E il prezzo di questa crisi strutturale, di questa acutizzazione, è stato duramente pagato dai lavoratori della nostra regione, di lingua italiana e di lingua tedesca, nel Trentino e nell'Alto Adige. La nostra regione è stata nell'occhio del tifone di questo processo di sviluppo distorto; avevamo vent'anni fa, e abbiamo tuttora, una debole struttura industriale, limitati investimenti e comunque insufficienti per lo sviluppo della nostra terra; l'occupazione, problema tradizionale del Trentino, oggi si presenta con estrema acutezza, con acutezza cronica. E questo problema non è certamente sanato dal rigonfiamento anormale del settore terziario e dell'edilizia. Lo scontro politico quindi nel nostro Paese e nella nostra regione verte tra chi, come la D.C. e la Giunta, vuole continuare ad andare avanti su questa via, e chi, come noi, come i sindacati, i sindacati di ispirazione cattolica, come parte del movimento cattolico stesso, come larga parte delle forze di sinistra, propone una nuova politica economica e una nuova direzione politica. E non c'è da meravigliarsi che lo scontro

sia assai aspro e che presenti anche possibilità di sbocco pericoloso. Perché sono venute in gran parte meno le condizioni oggettive per una prosecuzione di questo tipo di sviluppo. Vogliamo ancora far pagare al Mezzogiorno milioni di emigrati? E dove mandiamo gli emigrati della nostra regione, visto che la crisi economica è profonda e continua e incalzante anche negli altri Paesi europei per fattori internazionali? Ma continuare ad andare avanti sulla via del passato non è possibile, nemmeno per ragioni soggettive, che sono date dalla consapevolezza di larghi strati di popolazione, di lavoratori, appartenenti a diverse formazioni politiche, che così non si può andare avanti, cioè è necessario cambiare rotta. I problemi del Trentino e della provincia di Bolzano non possono essere visti disgiuntamente da questo grande travaglio del nostro Paese. È chiaro che questa nostra regione, il Trentino in particolare, per lunghi anni ha subito un processo di emarginazione dalla dinamica di sviluppo del nostro Paese, e che da questo processo di emarginazione si può uscire soltanto ponendo al centro il problema della piena occupazione, ponendo al centro il problema della programmazione democratica, di una politica che punti all'allargamento del mercato interno e quindi all'aumento dei salari, delle retribuzioni in generale, delle pensioni, che punti a una dislocazione equilibrata degli investimenti, a uno sviluppo dell'agricoltura in forme associative. Il Presidente della Giunta dice che vi è stato nel '71 un clima di tensione, di rivendicazioni, di agitazioni, di conflittualità, che, lungi dal portare a ridistribuzioni del reddito, hanno costato caro a tutti. È una affermazione questa di estrema gravità, una affermazione che costituisce il *leit motiv* di tutto il discorso politico del Presidente, e pensiamo della Giunta. Non v'è una parola ac-

canto a queste gravi affermazioni. Se il fatto che il nostro Paese è stato il più grande esportatore di capitali clandestini, 8 mila miliardi portati all'estero, non v'è una parola sul livello dei salari nel nostro Paese e nel Trentino. Ma il signor Presidente certamente sa come nel '61 il salario medio nel nostro Paese, e quindi probabilmente nella nostra regione, era ancora più basso, era di 63-65 mila lire; che nel 1970, dopo tanti anni di cosiddetta conflittualità, di bizzosa volontà e spinta alla rissa, come si vogliono configurare gli scioperi e le lotte, si è arrivati a salari mensili di 110-115 mila lire.

Le statistiche per la nostra regione non esistono; sarebbe interessante andare a vedere però qual è il livello medio delle retribuzioni, visto che la nostra regione, come reddito pro capite, nella graduatoria delle regioni del nostro Paese perde ogni anno terreno. Il motivo fondamentale che viene richiamato dal Presidente è quello che l'origine della crisi economica attuale, indubbiamente grave e pericolosa, sarebbero state le rivendicazioni, le agitazioni, la cosiddetta conflittualità permanente. Ma io — come ho detto agli imprenditori della nostra regione l'estate scorsa, ed essi non mi hanno saputo dare risposta — io chiedo al signor Presidente della Giunta e alla Giunta, che mi dica qual è l'azienda che è entrata in crisi nella nostra regione per la cosiddetta conflittualità, per gli scioperi; qual è l'azienda che è stata chiusa per effetto delle lotte. Forse la Rovertex, la Bini, la Hurt, forse la Montedison? Io spero che il signor Presidente non abbia il coraggio di affermare questo. Vi è stata crisi economica che ha investito in pieno anche la nostra regione, anche la provincia di Bolzano, ove vi sono sintomi allarmanti di chiusura di aziende periferiche, la Bewig, in quel di Brunico, e certamente qui non sono state le lotte che hanno portato alla chiusura. Tutto

quello che l'amministrazione è riuscita a fare, è quello di mandare il sindaco a spiegare alle lavoratrici che lo sciopero era un peccato. Le ragioni della crisi economica vanno viste altrove, vanno viste in una politica economica sbagliata, in una politica di incentivazione della regione sbagliata, che ha elargito miliardi a persone molte volte non degne e addirittura non capaci professionalmente. Il discorso quindi che fa il signor Presidente sulle riforme, è un discorso veramente — e lo dico certo non con compiacenza, ma con sconforto — è un discorso privo di credibilità, un discorso che non regge. Le riforme sembra che siano un'entità metafisica, che si è aggirata in questi anni nell'arena politica del nostro Paese. Ma, colleghi della Giunta, basta vedere le vicende politiche di questi anni, per capire perché le riforme non sono state fatte e chi non le ha fatte. La D.C. aveva nel Parlamento la maggioranza, la D.C. ha, assieme alla S.V.P. nella nostra regione, una massiccia, una stragrande maggioranza. Ma chi guarda con un po' di attenzione i fatti, vede che quelle poche riforme che sono passate nel nostro Paese. Un timidissimo inizio di legge innovatrice nel settore della casa, sabotato all'interno della D.C., come è sabotata la legge universitaria, è passato proprio per la buona volontà, per la duttilità della posizione comunista. Le riforme non si fanno ora, perché si dice che la situazione economica è grave e difficile e che mancano le risorse. Ma negli anni del cosiddetto miracolo economico, quando il tasso di sviluppo dell'economia era assai elevato, perché le riforme non sono state fatte allora, se proprio la questione fondamentale è quella di poterle fare in un periodo di alto tasso di incremento dell'economia del nostro Paese? Sappiamo benissimo che le riforme, signor Presidente, non possono essere, come dice lei, un

regalo. E penso che i lavoratori lo sappiano molto bene, senza bisogno che questo debba esser loro ricordato, perché i lavoratori, per ottenere l'occupazione e le riforme, nella nostra regione hanno lottato, hanno perso ore e giornate e settimane di paga e di retribuzione, sanno certamente molto bene, senza che questo debba esser loro ricordato, che le riforme costano e devono essere pagate. Ma non è pensabile che le riforme possano avvenire nel modo e nelle forme quali sono configurate nella relazione che ci ha presentato. Le riforme vere qualcuno le deve pagare, perché le riforme puntano oggettivamente e necessariamente ad una redistribuzione del reddito e delle posizioni di potere, dei rapporti di forza fra le classi e i ceti sociali, anche nella nostra regione. Guardiamo alla nostra esperienza, signor Presidente. Noi abbiamo trattato una legge-voto sulla riforma sanitaria. Legge-voto, strumento quanto quanto mai labile, quanto mai evanescente, lo sappiamo tutti noi, strumento quanto mai scarsamente incisivo per fare alcunché nell'ambito della nostra regione, strumento il più delle volte, quasi sempre, caduto nel nulla. Ebbene, non solo la discussione in quest'aula fu accesa e accanita sul problema della riforma sanitaria, pur avendo come oggetto uno strumento così scarsamente incisivo, ma certamente anche voi ricorderete, come noi tutti ci ricordiamo, come si mossero in quei giorni categorie, ceti e strati sociali privilegiati, come notizie fantasiose, che preannunciavano nazionalizzazioni o espropri di vari diritti, apparissero repentinamente sulla stampa preannunciando chissà quali catastrofi nella nostra regione. Certo, la dinamica della lotta delle riforme, della battaglia per le riforme mette in moto questo, mette in moto resistenze, obbliga a uno scontro aspro e difficile. Le riforme devono essere pagate da qualcuno. E se noi pensiamo come

il nostro collega assessore Benedikter viene addirittura accusato in certi ambienti della nostra provincia di essere più socialista dei socialisti; più comunista dei comunisti, perché sembra che abbia intenzione di varare una legge provinciale di riforma che recepisce la modesta legge innovativa in materia della casa, noi ci accorgiamo di quanto sia arduo lo scontro sul terreno delle riforme, e di come la via che la Regione ha seguito, quella di parlare tanto di riforme, come si parla tanto di riforme nella relazione, e di non farle mai, ha l'unico risultato di spaventare gli strati sociali privilegiati, quelli che devono e che dovranno pagare qualcosa per le riforme, ha l'unico risultato di scontentare tutti, chi aspetta le riforme che non si fanno mai, e la gente che dovrà pagarle; ha il risultato di seminare il qualunquismo e questa sfiducia nelle istituzioni, perché quando voi proponete come metodo di far politica quello di parlare, di riempirsi la bocca di riforme e di rinnovamento e di non farle, è evidente che si dà un grave impulso al crescente distacco fra opinione pubblica e istituzione democratica del nostro Paese.

Riforma dei trasporti. Signor Presidente, sono anni e anni che noi discutiamo. Quando noi accusammo la politica della Giunta, perché con l'aumento dei biglietti della SASA non si risolveva nulla, avevamo purtroppo ragione, perché oggi la direzione della SASA si ripresenta con nuove richieste di aumento dei biglietti, e minaccia addirittura di chiudere la azienda. Quando noi denunciavamo le migliaia e migliaia di pendolari nel Trentino, lavoratori, studenti, operai, che pagano il prezzo di una politica dei trasporti, che non è una politica organica e seria, noi denunciavamo una cosa che esiste tuttora in tutta la sua gravità estrema. Mi stupisce che ci siano anche, nella relazione, dei toni così veramente qualunqui-

sti, perché noi non possiamo accettare un discorso del tipo di quello che viene adombrato, per cui, « Roma dovrà decidersi », « quando Roma si deciderà a fare ». Non è un discorso che ci piace, anche se i Governi che si sono succeduti e il Governo che siede a Roma è un Governo certamente che noi avversiamo con tutte le nostre forze. Ma il discorso sui romani, come gente strana, che amministrerebbe male, con lentezza e con ritardo la cosa pubblica nel nostro Paese, è un discorso che culturalmente adombra un po' di razzismo e politicamente non è serio. Sulle poltrone dei Ministeri, a Roma, non siedono romani, ma siedono democratici cristiani romani; siedono rappresentanti del vostro partito, autorevoli rappresentanti della nostra regione. Sappiamo benissimo che non è possibile battere una politica regionale in contrapposizione alle scelte politiche nazionali; sappiamo benissimo che una scelta politica di marca e di tipo separatistico non regge ed è assurda nella situazione storica attuale. Non lo facciamo là nemmeno dove abbiamo grandi maggioranze. Siamo al contrario convinti, siamo fermamente convinti che una politica di riforme può essere però portata avanti autonomamente da parte della Regione, e oggi da parte delle Province e dei comuni, purché esista una volontà politica. Esistono infatti infiniti modi di operare, di anticipare, di sollecitare, non solo l'utilizzazione di risorse finanziarie, ma anche l'inventiva, la capacità creatrice delle nostre popolazioni. Quando lei cita il segretario generale della CGIL, che avrebbe finalmente riconosciuto che esiste un'esigenza di coerenza tra lotte sindacali e obiettivi di riforma, lei cita una cosa giusta, ma vuole farla intendere in modo ingiusto, perché questa esigenza di coerenza è un'esigenza che è stata e che è presente, in larghissima parte, nella totalità del movimento

sindacale del nostro Paese e anche della nostra regione. Quando si invoca una pace sociale in modo unilaterale, si vuol battere una via sbagliata, perché i lavoratori e le organizzazioni sindacali hanno da tempo superato nel nostro Paese una visione grettamente ristretta e corporativa; sanno benissimo che c'è un'esigenza di temperamento di interessi particolari con interessi ed esigenze di sviluppo generale del nostro Paese. Ma una pace sociale unilaterale, una pace sociale che non ha per contropartita nulla, se non promesse che non sono state mantenute, evidentemente non può essere accolta. Quando voi fate la romanzina, la predica al movimento dei lavoratori, anche in questa occasione, nella nostra regione, cercando di scaricare sul movimento dei lavoratori responsabilità che essi non hanno, sul fatto che le riforme non sarebbero state fatte e così via, io vi ricordo ancora una volta, che la maggioranza che avete in Giunta e in Consiglio, è una maggioranza schiacciante; che voi potete fare nella vostra regione quello che voi volete, e che se le riforme non sono state fatte, non sono state fatte perché non avete voluto farle. Chi vi ostacola su questo terreno? Chi vi ha ostacolato nel varare un inizio di riforma sanitaria, un inizio di riforma dei trasporti e così via? Nessuno, se non strati sociali e categorie sociali che sostengono voi, che guardano a voi con interesse, come sostegno di una politica che non vuole cambiare nulla.

Ma, signor Presidente, anche se lasciamo il terreno molto impegnativo delle riforme e se andiamo a vedere il terreno più semplice degli impegni da voi formalmente assunti in questo Consiglio e che non sono stati mantenuti e che ritornano ancora in questa relazione, ebbene, ci troviamo di fronte a un quadro sconsolante. Si parla di istituzione di questa

benedetta Finanziaria. Signor Presidente, c'è un impegno formalmente assunto di fronte al Consiglio, che entro il 31 dicembre scorso avrebbe dovuto presentarsi un disegno di legge istitutivo della Finanziaria. Se andassimo a leggere, a rivedere i verbali, dove si alternano le dichiarazioni sue e di quelle del suo collega, nostro collega, assessore all'industria, sull'intervento dell'industria di Stato nel Trentino, ebbene, avremmo un florilegio variopinto di impegni solennemente rilasciati e scarsamente mantenuti, perché penso che le promesse non possono certamente considerarsi adempiute, guardando al caso della Montedison di Mezzolombardo o al caso di Scurelle. Se andiamo a vedere le questioni degli investimenti privati, preannunciati e sbandierati attraverso notizie di viaggi negli Stati Uniti d'America e in altri paesi, se andiamo a vedere il problema che dovrebbe essere alquanto più modesto dei miliardi dei residui passivi che affliggono anche l'amministrazione della nostra regione, delle nostre due Province, ebbene, mi sembra veramente che a un osservatore non di parte, ma obiettivo, si sommano, accanto ai motivi costantemente sbandierati della conflittualità permanente, altri motivi ben più reali, ben più pesanti, ben più convincenti, che attingono a una politica sbagliata, che è stata portata avanti nella nostra regione. E se per avventura il rimedio che voi proponete è quello di arrivare a una limitazione del diritto di sciopero, dovesse passare, ebbene, il prezzo per i nostri lavoratori sarebbe certamente ancora più duro, grave, soprattutto nel Trentino.

Mi ha stupito ancora la lettura di certi passi sulla cosiddetta violenza. Anche questo è un fantasma che si aggira nella relazione. Sembra che nel nostro Paese, nella nostra regione, la gente sia stata presa per così dire

da un raptus maligno, la violenza, che anima, chissà perché, delle cattive persone. Noi, penso, possiamo esigere in Consiglio regionale una analisi storicamente un po' più approfondita di questo problema. Signor Presidente, è uso comune, soprattutto delle forze di governo, quando ci si trova di fronte all'esigenza di dare dei giudizi su fatti illeciti, su fatti violenti anche, di rinviare il tutto al giudizio che ne dà la Magistratura, in via di un ossequio, di una reverenza per la inesistente oggettività e imparzialità del diritto. Ebbene, signor Presidente, io mi meraviglio come questo metodo di rinviare alla Magistratura la attendibilità delle fonti di giudizio, in questa occasione non sia stato usato. Bastava informarsi anche indirettamente sul giudizio che la Magistratura dà della nostra regione su questa cosiddetta violenza, che non è opera di cattivi, di animosi, ma che è opera e ha un colore ben preciso, e lei certamente lo sa; è una violenza che ha un nome e che ha un cognome, un nome e un cognome anche che coincide con una persona che siede sui nostri banchi. La parola « fascismo » non è stata detta nemmeno una volta nella sua relazione, signor Presidente, e in un momento politico come questo, è una cosa grave, in un momento politico di crisi profonda nella storia del nostro Paese e della nostra regione. Perché se noi sfogliamo giornali tedeschi, svizzeri, francesi o inglesi, giornali conservatori anche, signor Presidente, noi vediamo che tutti dicono che uno degli aspetti di maggiore pericolosità nella vita politica del Paese, non è una non meglio identificata violenza che aleggia, chissà perché, sotto le nuvole, ma è la violenza fascista. Perché non lo si è detto? Non è certamente una svista questa, no, è una scelta politica. Non si vuol vedere la realtà, così com'è, e non vedere la realtà così com'è non è soltanto miopia, è una scelta

politica sbagliata e può avere conseguenze assai gravi. E mi meraviglia — il discorso lo svilupperemo più approfonditamente in sede di discussione di bilancio in Consiglio provinciale — che i colleghi della S.V.P., così solleciti nel denunciare, a ragione molte volte, reminiscenze, ritorni di fascismo, così solleciti nel denunciare a ragione molte volte, reminiscenze, ritorno di fascismo, così solleciti nel ricordare le tracce infauste che il fascismo ha lasciato in provincia di Bolzano, oggi siano addormentati letteralmente su questi problemi, oggi facciano finta di non vedere niente, facciano finta di non comprendere come uno slittamento a destra nella situazione del nostro Paese sarebbe gravido di conseguenze per la provincia di Bolzano, per le condizioni della minoranza sudtirolese, per lo sviluppo della pacifica convivenza dei gruppi etnici nella nostra provincia. Una regione così come la vedete voi, colleghi della maggioranza, una regione che per ragioni oggettive si presenta e sarà scarsamente funzionale, rischia di assolvere la sola funzione di centro di strumento di freno, di spinta involutiva e conservatrice. Se voi volete dare alla Regione l'impronta che si delinea nella relazione introduttiva a questo dibattito, la Regione è destinata a perdere ancora più quota, a trasformarsi in elemento inerte, in ingombro, in un carrozzone burocratico, diciamo celosamente. L'intervento del collega Benedikter di poco fa è già diretto a incalzare, a svuotare ancora di più la Regione. E la Regione, su questo terreno della pura contestazione o difesa di competenze o di sottocompetenze, se scende su questo terreno, se si limita a fare un discorso politico su questo terreno, è una regione in futuro perdente. A meno che, ripeto, essa non punti su una carta diversa, sulla carta che spinge verso l'apertura democratica, che spinge verso una po-

litica seria di riforme, non fatta a parole, una politica anche a livello europeo, guardando all'Europa, non solo alla parte alpina di essa. Ma anche su questo punto, signor Presidente, mi consenta di dire che nella sua relazione questa benedetta Europa, su cui si fanno anche i compiti nelle scuole, adesso, appare come un mito, una parola assai confusa, un orizzonte fumoso. Ma anche su questo terreno, signor Presidente, è necessario tenere i piedi ben per terra, ben fermi; guardare all'Europa non come a qualcosa di astratto, ma per quello che essa è, con i problemi reali che agitano l'Europa. Ci sono problemi dell'economia internazionale, problemi della sicurezza europea e della distensione, problemi questi ultimi, che, lei lo sa, hanno un'attinenza immediata e diretta con la situazione politica nella nostra regione. Perché se oggi le cose vanno meglio nei rapporti fra i gruppi etnici in Alto Adige, è certamente anche perché in Europa c'è un clima diverso. Perché le forze che hanno puntato alla guerra fredda, che hanno puntato allo scontro, al ritorno a tempi passati, sono sempre più isolate, perché anche in forze politiche certamente distanti da noi, qual è la socialdemocrazia a livello europeo, stanno vincendo indirizzi politici seri, costruttivi, che vanno sostenuti e che noi sosteniamo. Questi sono i problemi europei cui guardare, non un'Europa fumosa che appare come un fantasma inconsistente. Noi abbiamo a che fare con l'Austria, a pochi chilometri da qui, da questa sede dove stiamo parlando; c'è un Paese neutrale, che svolge una sua importante funzione nel contesto europeo. Il pensare, il riflettere perché è neutrale e perché è destinato a rimanere neutrale, questo è un punto fondamentale per ricondurre il nostro discorso a una Europa quale essa è veramente, con tutti i suoi problemi. Ed è su questo terreno reale che

può andare avanti il discorso, che è un discorso interessante, importante, che deve essere fatto, sull'Europa delle regioni. Sono convinto che questo è un discorso nel quale anche noi possiamo fare molto, se non la Regione in quanto tale, le Province, in particolare l'Alto Adige, per ragioni storiche e etniche note a tutti, e già ci stiamo muovendo positivamente su questo terreno. Ma, ripeto, il muoversi positivamente su questo terreno presuppone una conoscenza realistica e reale dello stato delle cose oggi in Europa, altrimenti si fa solo della retorica, altrimenti si sbandierano delle idee vacue, altrimenti, signor Presidente, facciamo anche noi qui il nostro compito. È interessante notare che su questo ordine di problemi — ordine di problemi di politica economica sulle riforme, sull'idea stessa di Europa e sull'esigenza di una ampia collaborazione fra i popoli europei, fra tutti i popoli europei — matura una crescente consapevolezza anche nella nostra regione, tra larghi strati di popolazione, una consapevolezza che è fatta di ripensamenti, che è fatta di volontà di battere strade nuove, di volontà di fare un discorso serio di analisi, anche autocritiche. È interessante vedere come questo sforzo di studiare le cose per quelle che sono, per rivedere il passato anche recente della nostra storia, per quello che è stato nella nostra regione, è interessante vedere come su questo terreno siano impegnate, non solo le forze tradizionali della sinistra, ma anche forze importanti del mondo cattolico, forze importanti come le Acli, che resistono a pressioni, ad attacchi, a insinuazioni; forze importanti che danno un contributo di ricerca, che speriamo possa anche tradursi in un contributo positivo per una svolta politica concreta. Sono cose che succedono anche in Alto Adige, anche nel mondo di lingua tedesca, tra i giovani. È una strada difficile

da battere, ma una strada che è vincente, perché punta alla ragione, a valorizzare la volontà di guardare le cose, ripeto, per quelle che esse sono, senza mistificazioni, e questo è il presupposto migliore, più efficace anche per rivedere errori e per aprire nella nostra regione una via di reale rinnovamento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, sarebbe altrettanto facile, esaminando il bilancio, trarre conclusioni negative, che dedurre motivi di consenso. Come si fa a giudicare un documento che nasce in un momento di transizione, quando si stanno seppellendo le spoglie di un sogno che sarebbe stato valido se si avesse avuto il coraggio di difenderle, e al tempo stesso tenere a battesimo il neonato, gracile per la verità, che dovrebbe avere compiti di coordinamento ancora non molto chiari? È fatale che in queste condizioni un consigliere che voglia obiettivamente portare un contributo al dibattito, faccia ricorso a una generosa dose di credito, che trova una sua non infondata giustificazione su taluni accenti, su talune annotazioni, da cui le dichiarazioni del Presidente della Giunta risultano contrassegnate. D'altra parte è onesto riconoscere che il modo confuso e disordinato con il quale il Governo italiano ha voluto condurre e concludere le trattative per la cessione del «Pacchetto», non era certo tale da favorire una ordinata modifica delle strutture autonomistiche della nostra regione. Anche il Presidente Grigolli riconosce che la incongruenza del testo del nuovo statuto di autonomia è stato motivo di intoppo nel momento del passaggio delle nuove competenze alle Province. Se quindi ci volgiamo indietro,

non troviamo certamente occasione di consenso per la linea seguita dal Governo italiano nella elaborazione del « Pacchetto ». Insistere su questo tema può sembrare persino di cattivo gusto, ma il dovere politico per noi è di affermare tutte le nostre perplessità in relazione al nuovo ordinamento autonomistico, non certo per partito preso nè per caparbieta, ma perché non possiamo sottacere il nostro dissenso, tanto più che siamo oggetto di ricorrenti attacchi di un organo di stampa di lingua tedesca, che vuole individuare in noi una componente insensibile al riconoscimento dei giusti diritti del gruppo di lingua tedesca. È proprio questo atteggiamento che ci costringe anche in questa sede a ribadire il nostro orientamento alla più larga e liberale comprensione dei diritti dei cittadini di lingua tedesca. Questo fatto però non ci esime dal ribadire la nostra opposizione al metodo seguito, che porta alla separazione etnica, quello dell'*apartheid*, i cui frutti velenosi sono già maturati in nazioni come l'Irlanda e il Sudafrica. Il superamento delle divergenze e gli antichi rancori avrebbero dovuto avvenire in una superiore interpretazione europea, capace di per sé di dare una spinta in avanti al progresso economico e sociale della collettività, mentre la proporzionale etnica fatalmente porterà a una diminuzione delle possibilità di intesa e a una perdita di vigore di quel progresso economico, che in gran parte è già oggi compromesso, come appare dalle vistose crepe di ristagno, e che non accenna a concludersi. Ma questi sono i discorsi che vengono fatti soltanto per richiamare l'attenzione di tutti i responsabili sui pericoli di cui è cosparsa la strada che ancora resta da percorrere nella fase di elaborazione delle norme di attuazione, sempre con l'augurio che il discorso europeo a un certo momento prenda il sopravvento, rimuovendo gli osta-

coli ed eliminando quelle topiche che alcune parti politiche hanno ritenuto di accettare, anche se erano nettamente contrastanti con ogni civile ideologia di uguaglianza e di parità di diritti, anche se erano in netta antitesi con ogni più ragionevole intendimento di evitare lo scontro delle classi lavoratrici dei due gruppi sul meschino piano della contesa di ogni singolo posto di lavoro, di ogni singolo alloggio popolare. Anche su questo argomento bisogna riconoscere che il Presidente ha saputo trovare il giusto accento, quando dichiara che occorre evitare che ognuno rimanga chiuso nei suoi problemi, sfuggendo al ricatto del contrasto insanabile e rianimando culturalmente qualche deserto di isolamento e quelle situazioni di reciproca ignoranza, nelle quali taluni pastori hanno spinto in questi anni gli uni o gli altri con l'intento di salvarli. Il guaio è, signor Presidente della Giunta, che il deserto di isolamento è stato codificato in legge dello Stato, in documenti di valore costituzionale e dovremo passare attraverso molte amare esperienze prima di liberarci dalla camicia di Nesso che ci siamo volontariamente quanto incautamente imposta. Certo è che la nuova fisionomia del bilancio regionale, sia per la rigidità che per l'entità, segna, con la eloquenza delle cifre, lo svuotamento dell'ente regione, secondo le previsioni che noi avevamo fatto e che altri avevano quasi con sdegno respinto, come se si trattasse di incauti e infondati giudizi. L'importante, a nostro avviso, è che la Regione ora faccia il suo dovere, si appresti a svolgere i suoi nuovi e circoscritti compiti con più modestia ma con maggiore consapevolezza, e infatti fu proprio la paura di perdere che portò la Regione, di rinuncia in rinuncia, alle condizioni che oggi registriamo. Si ritenne astuta manovra quella di delegare le competenze sul piano amministrativo, nel tentativo

di conservare nel bilancio regionale la struttura formale, ma come sempre accade per gli organi che non hanno più una vitale funzione da svolgere, il decadimento ebbe seguito in modo ineluttabile, per cui alle deleghe amministrative fu conseguente il passaggio delle competenze legislative. C'è da augurarsi quindi che la Regione, nel tentativo di trovarsi una ragione d'essere, raggiunga una consapevolezza delle sue funzioni, che sono quelle logiche del coordinamento di due economie e di corpi sociali, che per la loro analogia, oltre che per la loro vicinanza, devono necessariamente trovare un'intesa nel cammino da compiere e nelle finalità da perseguire. Dobbiamo dar atto al Presidente della Giunta di una apprezzabile sincerità nel giudizio dei fatti economici; è un riconoscimento che già era contenuto nella dichiarazione di voto del gruppo liberale, in occasione del precedente bilancio. Tale suo giudizio, signor Presidente, è in piena coerenza con le dichiarazioni che ella va facendo anche sulla stampa, sulla nostra situazione economico-sociale. Ci è apparsa improntata a una lodevole chiarezza, la dichiarazione fatta recentemente dal Presidente in ordine alle riforme. Il dott. Grigolli ha rilevato infatti, giustamente, che le riforme sono diventate fatti mitici. Vi sono paesi che hanno, semplicemente con buona e illuminata amministrazione, fatto quello che qui è chiamato « riforme ». Sono tesi queste che affiorano qua e là, con un linguaggio ovviamente più cauto nelle dichiarazioni rese in Consiglio. Il periodo politico che abbiamo attraversato e che ci ha portato in quella secca che il Presidente definisce l'annata più sconsolante del dopoguerra e che ci ha visto diventare il parente povero dei paesi comunitari, è stato viziato da una malattia che vorremo chiamare nominarismo. Siamo vissuti in un decennio dove le parole erano tutto, una spe-

cie di dannunzianesimo della demagogia, per cui bastava trovare un felice quanto misterioso accoppiamento di un sostantivo con un aggettivo per accendere le speranze alla risoluzione dei problemi. In effetti mai le parole come nella politica italiana di questi ultimi dieci anni sono state usate per nascondere la realtà. È stato dato il nome di riforme agli espedienti diretti più a distruggere che a costruire; si è mandato avanti la legione dei programmatori nel momento in cui l'economia veniva scardinata da azioni che erano il dirompente più violento di quel coordinamento di cui la programmazione deve essere necessariamente l'espressione. Quindi il '71 può essere configurato, come ha detto giustamente il dott. Grigolli, un autentico tempo perso, in un clima, di tensione che è costato caro a tutti. Da due anni e mezzo — continua il dott. Grigolli — questo clima non ha certamente contribuito a costruire. Queste considerazioni ci fanno guardare a questo bilancio con una certa fiducia. Si tratta di prese di coscienza che non vanno sottovalutate, così come non va sottovalutata la prospettiva di perseguire con tutte le nostre forze, senza alcuna rinuncia, quella normalizzazione capace di farci risalire dalle sacche di ristagno, che con il complesso di motivi politici hanno inquinato i rapporti fra le varie categorie. Qua e là spunta nella relazione del Presidente qualche ritorno di fiamma e di orgoglio per quanto riguarda l'attività regionale; sentimento umanamente comprensibile, del resto, ma è un orgoglio che attinge a una situazione locale non certo migliore di quella nazionale. I dati che abbiamo noi sottomano contraddicono a queste illusioni. La nostra regione è fra quelle che negli ultimi anni è marciata col passo più lento, ma quello che ci preoccupa di più, non possiamo nascondere, è la presente decelerazione degli

impegni creditizi che danno testimonianze di una scarsa comprensione agli investimenti. Si tratta di una pesante cappa di piombo che grava sul nostro avvenire, e per scollarci di dosso tale indice di scadente vitalità economica, occorreranno sforzi accentuati da parte di tutti i responsabili del settore. C'è qualche demagogo che in giro va dicendo che gli imprenditori farebbero lo sciopero di investimenti per fare chissà quali strane e oscure vendette nei confronti del potere sindacale. Evidentemente non è il caso di parlare di scioperi, perché la legge del profitto non è sensibile, nè alle vendette, nè ai sentimenti. C'è solo un motivo che può ridurre la forza trahente dell'impiego del denaro, ed è quella dell'insicurezza, della mancanza di severità, della precarietà di ogni speranza in ogni possibile successo. Prima ancora che con l'allargare i cordoni della borsa creditizia dobbiamo operare al fine di ricostruire la fiducia, senza la quale nessuna iniziativa può trovare sviluppo; la fiducia, la prospettiva di un sereno avvenire sono l'ossigeno indispensabile dell'economia; tutti gli altri incentivi, tutti gli altri interventi sono palliativi che lasciano il tempo che trovano e alla conclusione si dimostrano controproducenti, in quanto aggravano la situazione. Noi liberali siamo favorevoli a una più organica consultazione delle varie componenti della vita economica e sociale della nostra regione. Ci dispiace solo che la Regione non abbia avvertito prima questa esigenza più volte annunciata e mai attuata. È chiaro che il pubblico potere ha un suo ruolo da svolgere, un ruolo di mediazione ragionata e sensibile ai valori reali del progresso, non a quelli artificiosi della demagogia. Ecco perché ci sembrano apprezzabili le considerazioni che ravvisano la necessità di inserire una guida e un ordine che compongano le richieste e i

conflitti sociali a un livello sempre più alto di giustizia, perché come lei dice, signor Presidente, a pag. 35, « l'ordinamento scriteriato e avventuroso, oltre a creare delusioni e sfiducia, determina sostanzialmente l'immobilismo ». Basta quindi con l'apparato delle illusioni, basta col semplicismo scarsamente efficace di certe impostazioni, basta con le confusioni ad un tempo inquietanti e paralizzanti. Su queste conclusioni del Presidente riteniamo di dover dichiararci consenzienti, ma certo, sia ben chiaro, non per vocazione a costituirci a squallida ruota di scorta della D.C. Ognuno di noi è soltanto impegnato a tenere sulla retta via il carro della politica e della amministrazione; carro che, almeno sul piano nazionale, per una certa crescente anomalia di una delle sue ruote, ha rischiato, rischia di ribaltarsi nel fossato di sinistra. Ebbene, così come quando il rinascete frontismo ha tentato caparbiamente di portare alla suprema magistratura dello Stato un nome della sua parte e quindi di parte, noi liberali abbiamo saputo e voluto con il nostro disinteressato appoggio offrire agli italiani un presidente che sempre più conferma i suoi meriti di statista e di imparziale presidente degli italiani. Così in qualsiasi altro frangente, la nostra presenza in garanzia di un'alternativa aperta ad offrire la possibilità di una ripresa di quel cammino di concordia e di solidarietà che è l'unica vera prospettiva di progresso civile, sociale e di benessere economico.

RAFFAELLI (P.S.I.): Avete votato per l'indipendente Leone, però.

AGOSTINI (P.L.I.): Ma come voi avete votato per l'indipendente De Martino!

RAFFAELLI (P.S.I.): Appunto! Sapevo che era indipendente però.

AGOSTINI (P.L.I.): Leone era indipendente almeno nella sua coscienza di uomo, non un uomo di parte come De Martino! Sia ben chiaro, questo.

RAFFAELLI (P.S.I.): Dal momento che me lo dici, prendo atto!

AGOSTINI (P.L.I.): Mi dispiace che lo sai solo ora!

RAFFAELLI (P.S.I.): Meglio tardi che mai!

AGOSTINI (P.L.I.): Ad ogni modo ti è bruciata parecchio, però, eh? Una bella scottatura!

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Bertorelle).

PRESIDENTE: La parola al cons. Parolari.

PAROLARI (P.S.I.U.P.): Signor Presidente, signori consiglieri, è vero, la Regione è stata fortemente ridimensionata nelle sue competenze, ed è vero forse di più di quello che ha detto e che vuole il cons. Benedikter. Tale situazione però della nostra economia regionale rappresenta oggi caratteristiche di seria e profonda crisi e investe particolarmente la Provincia di Trento; si nota da qualche anno a questa parte una pericolosa flessione

della occupazione, sospensione, licenziamenti, smobilitazioni di industrie, caduta degli investimenti, aumento dei prezzi, frequenti ricorsi alla cassa di integrazione: queste le indicazioni generali che caratterizzano il momento dello scadimento della situazione socio-economica della nostra regione. C'è, è vero, qualche settore che tiene ancora, e c'è chi anche in questa situazione riesce ad accumulare margini di profitto considerevoli, ma ciò non cambia il quadro generale, anzi per certi aspetti mette in luce le contraddizioni di un sistema col quale si è operato e si opera per tentare il rilancio della nostra economia. Questa crisi, signori consiglieri, dimostra che vi è una aperta contraddizione tra la stagnazione produttiva e l'inflazione nello stesso tempo, ma proprio questo fenomeno è quello che stabilisce il particolare tipo di crisi strutturale che investe la nostra economia nazionale e più ancora quella locale. La stampa padronale, assieme purtroppo ai responsabili della politica economica, nei suoi scritti e nei suoi discorsi non manca mai, anche in sede locale, di attribuire le responsabilità della crisi che ci investe alle lotte operaie, alle organizzazioni sindacali che le sostengono; si aggiunge, con toni paternalistici per impressionare l'opinione pubblica, che esse minacciano la pace sociale. Si chiede ai lavoratori, da chi è responsabile di questo disordinato sviluppo economico, disciplina sui posti di lavoro, ritorno al lavoro nei modi voluti dal padronato, per favorire una nuova edizione della politica dei redditi, per realizzare un nuovo miracolo economico, che possa fornire nuovi capitali da esportare in luoghi sicuri per la buona pace dei nostri imprenditori. Noi del P.S.I.U.P. non neghiamo che le giuste e poderose lotte operaie del passato, per la loro incidenza, non possano aver prodotto squilibri economici e politici; certo queste lotte di

grandi masse di lavoratori hanno contribuito a mettere in discussione un assetto economico e sociale ingiusto, fatto su misura per produrre profitti alla classe padronale, ma, signor Presidente e signori consiglieri, si trattava di un equilibrio ingiusto, fondato particolarmente sullo sfruttamento delle nostre maestranze, su basse remunerazioni, su inammissibili e inaccettabili condizioni di lavoro nelle fabbriche, su un meccanismo improvvisato di sviluppo industriale a scopo di utilizzo indegno di denaro pubblico: queste le ragioni per le quali si è guastato alle prime difficoltà. Per la sua precarietà costitutiva si sarebbe ugualmente guastato, anche se i lavoratori non avessero rivendicato più giuste remunerazioni e più umane condizioni di lavoro nell'interno della fabbrica. È necessario, signori Consiglieri, prendere coscienza di questa realtà, se si vogliono ricercare soluzioni più solide, più giuste, più umane. Quello che è saltato è il meccanismo legato a salari bassi, allo sfruttamento di facili incentivi, all'utilizzo di strutture vecchie e superate; un meccanismo improvvisato, che non poteva registrare, causa la sua arretratezza, causa un sistema produttivo legato alla logica del profitto, diversi risultati. Non c'è, evidentemente, solo questo che ha colpito la nostra fragile industrializzazione, vi sono anche elementi negativi, portati dalla profonda crisi che ha colpito il mondo economico, rivelatasi con tutta la sua drammaticità l'anno scorso, dovuta al terremoto monetario che ha sconvolto l'economia del mondo occidentale nel recente passato. Vede, dunque, signor Presidente, che non è dei lavoratori la responsabilità di questa grave crisi che investe il nostro Paese, e che inferisce ancora più sulla nostra Regione, per i maggiori errori commessi da chi ha avuto la responsabilità totale del potere politico e am-

ministrativo locale, da chi ha perseguito una politica economica che ha lasciato emarginare intere zone, da chi ha cercato di superare i bisogni locali con provvedimenti saltuari, senza una seria programmazione dell'intervento pubblico, capace di intervenire per equilibrare gli scompensi che così si sono prodotti.

Il numero delle fabbriche che sono state occupate, quelle fallite o in via di liquidazione, tende a salire nella nostra regione di giorno in giorno; questo stato di cose ha contribuito, per la drammaticità, a far esplodere il problema della difesa della occupazione, che rimane per noi il compito fondamentale da risolvere, se si vuole sperare in un mutamento migliorativo nella situazione socio-economica della nostra Regione. Se andassimo, signori consiglieri, a svolgere una indagine conoscitiva delle singole fabbriche fallite, smobilitate o costrette a riorganizzarsi a livelli più bassi di occupazione, vedremo che sono le più diverse e disparate fra di loro; se però facciamo una valutazione politica, vedremo che esse sono riconducibili ad un fattore comune che lo ha determinato e che risiede in una linea di sviluppo economico volta soltanto a prendere quel che c'era da prendere in sovvenzioni, in facilitazioni fiscali, aree, mutui, agevolazioni varie, senza concedere seri impegni di investimento, sostanziose forme di controllo capaci e sufficienti di garantire l'impiego del denaro pubblico e l'occupazione. Certo tutto ciò è stato possibile grazie alla faciloneria dei pubblici poteri che hanno fatto a gara per offrire facilitazioni e che invece di prioritari insediamenti legati anche al tipo di sviluppo della economia locale (industrie di trasformazione dei prodotti agricoli locali, del legno) o ad alta specializzazione (elettronica - meccanica) hanno operato per favorire insediamenti i più disparati, di basso costo, che nascondevano

finalità speculative, dimostratesi in grande misura incapaci di misurarsi con la concorrenza, fragili insomma. L'Ente pubblico fu costretto a intervenire con continue sovvenzioni per tenere in vita parassitarie gestioni con distorsione di ingenti mezzi finanziari dell'Ente pubblico, necessari per soddisfare altri e più impellenti bisogni sociali. È, signori consiglieri, ancora in questa situazione di provvisorietà e incertezza occupazionale, che noi dobbiamo operare; situazione economica difficile, quelle che lasciamo in eredità alle Province, nella quale si inserisce la richiesta di lavoro delle nuove leve, di diplomati, di laureati, di contadini respinti dalle campagne, di operai in cerca di nuove occupazioni. Speriamo che col trasferimento alle Province delle nuove competenze, si instauri un diverso modo di operare, capace di ottenere una lievitazione del potenziale occupazionale di sicura continuità. L'obiettivo che dobbiamo proporci, secondo noi del P.S.I.U.P. nel presente, è, in primo luogo, quello di stabilizzare l'occupazione esistente. Premesso che per raggiungere questo obiettivo saranno necessarie nuove e più solide attività industriali, per evitare continui ricatti di industrie moribonde, si dovrà operare con più oculata serietà nella ricerca degli insediamenti in grado di inserirsi nel processo di sviluppo tecnologico in atto. Ciò sarà possibile se saremo in grado di far intervenire anche e soprattutto l'industria controllata dalle partecipazioni statali, rimasta sinora quasi assente dal nostro territorio. Tutto questo non sarà però sufficiente per raggiungere posizioni di sicurezza aziendale e occupazionale; se non interverrà, nel frattempo, una legislazione nazionale, regionale e provinciale in materia di agevolazioni finanziarie e fiscali, che preveda forme di interventi controllati in ogni azienda ove sia investito denaro pubblico. Oltre alle

possibilità di interventi con mezzi locali è necessario sollecitare l'intervento dello Stato per operazioni previste per le zone sottosviluppate e per richiedere i necessari finanziamenti per dare attuazione ai provvedimenti di riforme della casa, per sollecitare una ripresa dell'industria edile colpita anch'essa dalla crisi in atto, che consente operazioni promozionali per opere di interesse pubblico. Le vicende della riforma sanitaria, signor assessore, meritano un commento a parte per le conseguenze che potranno avere sulla nostra amministrazione regionale, per gli impegni assunti presso gli enti ospedalieri, causa il modo con cui la riforma è stata portata avanti dal Governo di centro-sinistra, che ha deluso le attese della popolazione e delle forze lavoratrici che da anni reclamano la riforma sanitaria. Quale sia ora il destino dei molti progetti posti in circolazione non ci è dato sapere, tanto più che con la crisi in atto tutto sarà insabbiato o meglio prescritto. Si sapeva che vi era un elaborato i cui contenuti sono stati largamente criticati dai sindacati, ma ora il problema passa alla prossima legislatura.

Per questo vorrei chiedere al signor assessore quali conseguenze di ordine sociale e finanziario comporti alla nostra regione la mancata attuazione della riforma sanitaria. Di fronte a questo gravissimo stato di cose, al fatto che non solo si manifestano forti resistenze, che tutto è rinviato alla prossima legislatura, che si evidenziano sempre più spinte indirizzate a mantenere confinata anche la prevenzione entro gli irrisori limiti attuali, anche nei progetti di riforma presentati, che si ostacola quel processo di saldatura tra prevenzione, cura e riabilitazione, significa, a parere nostro, che si vuole ostacolare quel profondo mutamento del sistema sanitario di cui il nostro Paese ha bisogno. Le prove di questa vo-

lontà di limitare la riforma sanitaria è dimostrata dalla tenace volontà di mantenere all'esterno della riforma il servizio di prevenzione contro gli infortuni sul lavoro e la tutela della salute dei lavoratori contro l'usura dell'ambiente di fabbrica e dei ritmi produttivi, che approda alla richiesta di mantenere in vita vecchi organismi, il che significa, particolarmente per la nostra Regione che detiene facoltà primarie di legiferare in materia sanitaria, una minorazione delle possibilità di attuare un dispositivo di riforme che includa anche l'importante settore che riguarda il controllo della salute sui posti di lavoro e la prevenzione, che vedo trattato nella relazione del signor Presidente e ne do atto con soddisfazione. Il rinvio della riforma non comporta solo un alto prezzo sociale e umano, ma implica anche insopportabili costi economici per la nostra Regione e contribuisce a far perdurare un tipo di sviluppo socio-economico basato sull'incremento esasperato e artificiale di un privatismo egoistico anziché tendere al soddisfacimento di bisogni sociali così imperiosamente sentiti e richiesti dalla nostra collettività, da noi in parte affrontati con leggi regionali ma non soddisfatti interamente per carenze di mezzi, delle cui realizzazioni le diamo atto, signor assessore. La crisi che investe il nostro Paese, ma ancora più la nostra regione, non può essere affrontata e superata ricorrendo a vecchi e superati strumenti tradizionali di intervento, come non sono valse le misure anticongiunturali attuate nel passato, per rilanciare la nostra economia in crisi. Continuando questa politica si aggraveranno le difficoltà, facendo sopportare ulteriori gravi sacrifici alle nostre popolazioni agricole e ai lavoratori in generale.

Riconosco che non è facile suggerire rimedi attuabili in una società nella quale i

grossi monopoli industriali, le grosse aziende agricole dettano legge. Quello che si può fare è elaborare un piano di sviluppo programmato, diretto a ricostruire in modo globale e armonico il tessuto economico-agricolo-industriale-turistico e sociale delle nostre Province, che utilizzi il pieno impiego di tutte le risorse disponibili nell'interesse primario delle popolazioni di montagna e delle forze lavoratrici; diversamente non vedo come si possano offrire alternative per fermare il continuo decadimento economico della nostra regione. Dobbiamo dunque utilizzare tutte le nostre risorse in modo organico e rispondente alle necessità locali. Anche il turismo potrebbe essere di valido aiuto per integrare il reddito dei nostri valligiani, purché avvenga in forma razionale e non alienante. Una utilizzazione del nostro territorio agli effetti turistici non deve significare di per sé un avvio per una soluzione globale dei problemi delle nostre popolazioni di montagna, ma una valorizzazione del territorio, che offre notevoli attrattive, dal punto di vista paesaggistico, nonostante le molte compromissioni private e pubbliche, a vantaggio delle popolazioni locali per una integrazione dei loro redditi agricoli. Comunque, se sono apprezzabili gli sforzi fatti dalla Provincia per risolvere in maniera organica i problemi attinenti alla regolamentazione del territorio, è tuttavia mancata una programmazione degli interventi regionali e provinciali e una struttura comprensoriale democraticamente rappresentativa di tutte le forze politiche, culturali, economiche e sociali, che studiasse interventi coordinati capaci di produrre un ordinato sviluppo di tutto il territorio e sottrarlo all'influenza del grosso capitale mimetizzato sotto varie forme, per un utilizzo più rispondente ai bisogni di integrazione dei redditi delle nostre popolazioni valligiane. Un

altro settore dell'attività regionale, di cui si parla anche nella relazione del signor Presidente, è quello dei trasporti urbani e extra-urbani, settore di attività che impone una revisione di tutto il sistema del trasporto, data l'importante funzione sociale che esso assolve, particolarmente nella nostra regione.

Ho detto che si è parlato molto su questo tema, si è parlato di commissione di studio, di regionalizzazione, di provincializzazione del trasporto pubblico, della necessità di unificare le due aziende di trasporto con partecipazione a maggioranza di capitale pubblico, Atesina e Trento-Malè, da anni poco seriamente dirette, di aumenti di tariffe, di sovvenzioni, di prestazioni sempre più scadenti, ma tutto è rimasto come prima e nulla si è fatto per realizzare una serie politica dei trasporti pubblici, se pure di stretta competenza nel passato della Regione. Crescono le difficoltà, sia di ordine finanziario che organizzativo dei servizi, la pesantezza della gestione delle aziende pubbliche. Si lasciano circolare sulla stessa linea più società in concorrenza fra di loro; pare che si abbia sensazione dei danni che questo stato di cose produce, ma poi si lasciano andare le cose come sempre, senza correre ai ripari, sapendo che ogni anno perso pesa centinaia di milioni sui cittadini, sulle condizioni di vita dei lavoratori dipendenti, sugli stessi utenti per il disservizio che questo comporta. È una situazione quella che investe il settore trasporti, sia privati che pubblici, che impone grossi oneri alla collettività, senza conseguire miglioramenti, che vuole, come lei signor Presidente riconosce nella sua relazione, una seria riforma, che impone il superamento dell'istituto del servizio in concessione, la realizzazione di un organismo strutturato per una gestione pubblica del servizio dei trasporti pubblici.

Desidero conoscere, signor Presidente,

l'esito dei lunghi studi effettuati per la regolamentazione di questo servizio. Se è nelle intenzioni della Giunta di promuovere una azione per l'unificazione delle società Atesina e Trento-Malè, costituite con preminente capitale pubblico. Se vi è nella Giunta la volontà politica di favorire la creazione di una azienda per la gestione dei trasporti pubblici in concessione. E infine, signor Presidente, signori consiglieri, credo necessario fare qualche considerazione sul nuovo statuto di autonomia. Noi del P.S.I.U.P. auspichiamo che l'applicazione del nuovo statuto porti con sé una nuova politica in Alto Adige, fondata sul rispetto delle nuove minoranze, tendente al superamento reale delle divergenze che hanno finora diviso, pur avendo comuni interessi da difendere, i lavoratori, quali i livelli di occupazione, la realizzazione del pieno impiego, la difesa dei lavoratori e dei contadini dallo sfruttamento, la richiesta di una organizzazione della vita pubblica più democratica e rispondente ai bisogni generali di tutti i cittadini. Noi del P.S.I.U.P. abbiamo espresso le nostre critiche su vari aspetti dei problemi aperti, particolarmente sulla costituzionalizzazione della proporzionale etnica, ma riteniamo necessario favorire l'apertura di un nuovo corso che possa superarla. Siamo convinti che il nuovo Statuto di autonomia potrà favorire la costituzione di una organizzazione dei pubblici poteri, più capace di realizzare condizioni di vita più favorevoli; purché si attui con sincerità, con sollecitudine e si bandisca qualsiasi volontà di ritorsione per le ingiustizie subite, non solo da voi, signori della S.V.P., ma da tutti i lavoratori italiani, a causa della tirannia fascista nel corso del ventennio, che non ha mai rappresentato l'autentico popolo italiano. Quello che ritengo aggiungere è, signori consiglieri, che nessuna norma scritta potrà risol-

vere i nostri problemi, se non vi è la volontà politica da ambo le parti di attuare le nuove norme statutarie, senza ritardi, senza furbizie, il che comporta un cambiamento radicale del metodo finora attuato in sede locale e nazionale, particolarmente dalla D.C., che da 27 anni governa il nostro Paese e la Regione. Pur ridotto, signor Presidente, le materie di competenza della Regione, rimangono ancora compiti di notevole importanza da svolgere. Nella sua relazione, signor Presidente, sono contenute indicazioni di rilievo, che possono, se attuate, contribuire a soddisfare certe storture sociali particolarmente nel campo della salute pubblica e dei trasporti, della cooperazione. Le buone intenzioni hanno bisogno però di una verifica dei fatti: se questo avverrà noi modificheremo il nostro atteggiamento; per ora manteniamo le nostre riserve.

MAYR (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Zeitdruck zwingt uns unsere Stellungnahmen zum Regionalhaushalt in diesem Jahr kurz zu halten. Trotzdem möchte ich zu einigen Grundsatzfragen, aber auch zu einigen einzelnen Problemen Stellung beziehen.

Wenn man diesen Bericht des Präsidenten des Regionalausschusses einer politischen Bewertung unterzieht, so muß ich notgedrungen eine politisch-sachliche Kritik üben und zwar deswegen, weil ich gleich zu Beginn dieses Berichtes die Formulierung und den Inhalt der Darlegung nicht recht verstehen kann, wo es heißt: « Dennoch behält die Region trotz der verminderten Bedeutung einiger Aspekte ihre Stellung im vollendeten Sinne bei und zwar nicht nur auf den Sektoren, auf denen sie spezifisch zuständig ist ». Es wäre sehr wertvoll, wenn der Präsident des Regionalausschusses diese Thematik noch mündlich hier im

Regionalrat erläutern könnte, was hier im konkreten, in die Zukunft gesehen, gemeint ist. Des weiteren möchte ich ohne weiteres den Vertretern, welche die Verhandlungen mit der Zentralregierung, mit dem Schatzministerium geführt haben, der Provinzen und der Region die Anerkennung aussprechen, denn es ist heuer eine Zuwendung an diese Körperschaften vorgesehen, die alle bisherigen übertrifft. Und ich glaube auch, auf den wirklichen Einsatz dieser Vertreter dies zurückzuführen sein wird.

Was die wirtschaftliche Situation anbelangt, die hier in diesem Bericht ganz unverblümt dargelegt worden ist, so möchte ich nur auf meine schon erfolgte Intervention vom Vorjahr, vom 24. Februar, verweisen, wo ich gesagt habe: Eine Stabilität kann man nur mehr erreichen zwischen allen diesen Organisationen, welche nun einmal auf dieser Welt Forderungen zu stellen haben, wenn endlich einmal ein Burgfrieden eintritt zwischen den großen Organisationen — und ich meine hier ohne weiteres auch die Gewerkschaften, die nicht immer gerechtfertigt diese Arbeitsausstände inszenieren.

Schließlich wird in diesem Bericht noch vom Übergang der Zuständigkeiten und von der Kontinuität der Verwaltung gesprochen und diesbezüglich erlaube ich mir, nur zu erwähnen, daß die Regionalregierung die in diesem Gesetzgebungsprogramm angekündigten Initiativen, welche für die Kontinuität der Verwaltung ausschlaggebend sind, bald verwirklichen möge. Ich erinnere nur zum Beispiel an das Problem des Personals, wo wir aufgrund der Zustände, die eben bestehen zum Beispiel auf dem Sektor der Landwirtschaft für gewisse Außenstellen, trotz einer großen Anzahl von Regionalbeamten kein Personal zur Verfügung gestellt haben und der Assessor für

Landwirtschaft wird mir bestätigen müssen, daß Versuche unternommen worden sind, um längstfällige Stellen, wie das Inspektorat in Vinschgau und dergleichen, zu besetzen. Dies soll nun wirklich endlich einmal geschehen, denn ich glaube, es ist berechtigt, daß diese Stellen auch in den Außenbezirken, wo sie ja bestimmte Funktionen zu erfüllen haben, endlich besetzt werden.

Offen bleibt auch das Problem, das mir am 23. März der Regionalassessor versprochen hat im neuen Feuerwehrgesetz zu regeln, das spezifische Problem des Feuerwehrpersonals, welches hier einmal mit nationaler Regelung und einmal mit regionaler Regelung irgend wie die Personalordnung aufrecht erhalten wird. Ich glaube, daß hier die Regelung in dem nun vorliegenden Gesetzentwurf endlich einmal in voller Klarheit getroffen werden muß.

Wenn ich noch eine politische Bewertung anfügen darf, so möchte ich den kleinen Widerspruch hervorheben, den ich darin erkennen will, wenn hier der Präsident in seinem Bericht auf Seite 2 davon spricht, daß das Freundschaftsabkommen zwischen Italien und Österreich bereits in unmittelbarer Sicht wäre und daß darauf also unmißverständlich hingearbeitet wird. Ich glaube, es ist noch etwas verfrüht, die Dinge sind noch nicht so weit politisch gereift, daß man dieses Freundschaftsabkommen nun schon an den Horizont darlegen kann, besonders dann, wenn man gleich im Anhang daran erklärt, daß noch wichtige Durchführungen, vor allem die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut, fehlen. Daß diese Dinge einmal vorgesehen sind, das wissen wir, aber ich glaube, es ist doch noch etwas verfrüht, wenn man selbst hier erklärt, daß die Durchführungsbestimmungen und sehr wichtige einfache Gesetze noch ausständig sind.

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Das ist eine politische Bewertung, die, glaube ich, ist es richtig, wenn sie hier gemacht wird.

Nun zu einigen einzelnen Fragen, die zum Bericht und zur wirtschaftlichen Situation meines Erachtens gegeben werden sollen. Hier wird gesprochen von der Funktion und von der Möglichkeit, welche die Alpenregion in Zukunft in Europa zu spielen hat. Im Bericht wird ausdrücklich das bevorzugte Handelsabkommen zwischen Trentino-Südtirol - Tirol - Vorarlberg erwähnt, aber ich glaube, wenn diese Alpenregion wirklich ihre Funktion in dem nun angehenden Europa spielen soll und übernehmen soll, dann ist es Zeit, daß gewisse Voraussetzungen rein materieller Natur geschaffen werden. Ich erinnere in erster Linie an die Verkehrssituation, die nun mit dem Bau der Autobahn etwas geregelt wird. Aber ich möchte hier auch erwähnen das Problem der Staatsstraßen, denn es ist nicht nur eine Aufgabe der Provinzen, sondern der gesamten Region, in erster Linie des Staates, daß diese Einfallstraßen nach Italien, welche Divisenbringer ersten Ranges sind, nicht in diesem Zustand weiter belassen werden, wie sie sich jedes Jahr im Frühjahr besonders in unserer Provinz zeigen. Bereits im Vorjahr hat die Regionalregierung erklärt, sie wird sich diesbezüglich bei den zentralen Stellen verwenden. Und es wäre interessant zu erfahren, inwieweit diese Verwendungen, die sicherlich erfolgt sind, eine Lösung in Aussicht stellen.

Der Herr Präsident des Regionalausschusses weiß auch aus ihm gestellten Anfragen, daß ich ein Problem mehrmals berührt habe, nämlich das Fernsprechwesen, welches heute in diesem Rahmen noch nicht funktioniert. Ich

glaube, das gehört zur Entwicklung des Fremdenverkehrs; ich glaube, das gehört zur Entwicklung des Handels und auch zu diesem bevorzugten Handelsabkommen, daß wir in unserem Raum bevorzugte Tarife haben, daß wir direkte Ferngespräche führen können, wie etwa zwischen Deutschland und der Schweiz oder Österreich und der Schweiz usw. Und ich kann inzwischen dem Herrn Präsidenten, der mir in Beantwortung der seinerzeitigen Anfrage zugesichert hat, dieses Problem laufend zu verfolgen, mitteilen, daß mir seitens Österreich ein Bescheid zugegangen ist, daß von diesem Staat aus das Problem abschlußreif ist und daß eben die Fernsprechverbindung mit Südtirol, mit unserem gesamten wirtschaftlichen Raum nicht mehr über Klagenfurt und Mailand, sondern direkt über die normalen Grenzverbindungen gehen kann. Ich glaube, das ist wirtschaftlich sehr interessant und ich würde die Regionalregierung nur ersuchen, daß auch sie auf italienischer Seite bei den zuständigen zentralen Stellen in diesem Sinne intervenieren möchte.

Weiters scheint mir, ein Punkt würdig anzuführen, wenn diese Alpenregion eine besondere Funktion auszufüllen hat, die Frage des Umweltschutzes.

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Ich glaube, daß diese Region hier im europäischen Handel nicht interessant ist, weil wir blaue Augen haben, sondern weil eben diese Region für das Erholungsgebiet prädestiniert ist und da auch eine ganz bestimmte Funktion zu erfüllen hat. Wenn aber dem so ist, so glaube, ich, müßte die Situation auf dem Gebiet des Umwelt-

schutzes, der ja primär der Provinz untersteht und hier auch alles mögliche unternommen wird, aber von der Sicht der Zuständigkeit, die aufgrund staatlicher Gesetze der Region zugeteilt ist, intensiver durchgegriffen werden. Ich habe diesen Begleitbericht, der uns zugestellt worden ist von gestern auf heute, nur sehr oberflächlich durchgesehen, aber ich muß erklären, daß einige sehr interessante Ausführungen darin enthalten sind. Ich kann nicht umhin, in diesem Zusammenhang an einen Beschlußantrag zu erinnern, den wir im Juni 1970 im Regionalrat einstimmig verabschiedet haben, wo die Regionalregierung aufgefordert wurde . . . Non si sente?

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Daß das ausgerechnet bei mir passieren muß! Ich möchte die Regionalregierung an einen Beschlußantrag erinnern, den wir im Juni 1970 gefaßt haben, wo sie aufgefordert worden ist, einstimmig vom Regionalrat, welche Initiativen und Durchführungen sie zur Frage des Umweltschutzes unternommen hat. Diese Berichterstattung steht meines Erachtens noch aus!

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Ebenfalls komme ich auf die Situation in Bozen zu sprechen. Ich muß hier diese Dinge etwas ausführen. In Bozen befinden wir uns mit der Großindustrie im unmittelbaren Siedlungsgebiet, wo laut Gutachten der Universität Padua vier Betriebe derartige Emissionen hervorrufen, daß Luft, Wasser und Boden, der gesamte Besiedlungs-

raum derart verseucht sind, daß die Volksgesundheit sehr ernstlich in Frage gestellt wird. Die Regionalregierung hat damals vor einiger Zeit in Anlehnung an die internationalen Schwellenwerte, die für diese Verseuchung eben Geltung haben, eine Verfügung erlassen, wo zum Beispiel diese Abwässer in die Gewässer irgendwie im Stand der Elemente, die sie enthalten, genormt worden sind. Ich möchte nur die Frage stellen, ob diese Zustände weiterhin so anhalten können, wenn feststeht, daß wir im Trinkwasser Verseuchungen bis zu 35 Milligramm pro Liter Fluorabgase zu verzeichnen haben, wo die oberste Schwellengrenze laut Regionalrat, Verfügung des Regionalausschusses 0,5 Milligramm pro Liter nicht überschreiten darf. Man wundere sich dann nicht über die schlechten Auswirkungen auf die Volksgesundheit und über die sogenannten Auswirkungen der « blauen Flecken » bei Kindern.

Ich bin hier sehr besorgt, wenn man sich anschicken sollte, diesen Großindustriebetrieben finanzielle Mittel zu gewähren, damit sie sogenannte Filteranlagen einbauen, zu deren Einbau sie sowieso verpflichtet wären und welche sie aus eigenen Betriebsmitteln zu bestreiten haben, genauso wie anderswo. Ich kann Ihnen die Jahresabschlußrechnung, die Gewinn- und Erfolgsrechnung dieser Betriebe vorlegen, meine Herren, von den letzten Jahren und Sie werden daraus entnehmen können, daß diese Jahresabschlußrechnungen, welche bei Gericht hinterlegt sind, bestimmt nicht die echten Bilanzen sein werden, sondern eben die laut Gesetz erstellten Abschlußrechnungen und daß diese offiziellen Bilanzen jedenfalls hinreichende Rücklagen und Auszahlungen von Renten ausmachen, daß es bei der heutigen wirtschaftlichen Situation nicht mehr gerechtfertigt ist, diesen Betrieben große Sub-

ventionen zu gewähren. Ich möchte sagen: Wenn dieses Spiel mit der Volksgesundheit weitergeht und die Behörde selbst zugibt, daß drei auf 100 Kinder von sogenannten « blauen Flecken » befallen sind und dies ein amerikanischer Fachmann erklärt: « Sie sind sehr besorgniserregend; man weiß nicht, ob ein Tumor, ein Krebsgebilde daraus entsteht und wo wir in der Provinz Bozen sowieso schon das traurige Resultat aufweisen, daß wir am meisten Tumore in Gesamtitalien zu verzeichnen haben. Ich möchte an die zuständigen Stellen appellieren, daß hier neben den vielen akademischen Gesprächen auch bei der positiven Arbeit, die geleistet worden ist, endlich und unmißverständlich durchgegriffen wird. Daß Kulturgründe bis fast 700 Hektar im Verhältnis von 40 bis 100% jahrelang beschädigt sind, das, glaube ich, muß auch erwähnt werden und daß hier noch keine Schadenersatzleistung geleistet worden ist. Das hat zur Folge, daß die Bevölkerung sehr aufgebracht ist, wenn gleichzeitig solchen Betrieben Geld für die erforderlichen Investitionen gewährt werden soll. Ich anerkenne ohne weiteres den Einsatz der Region aufgrund des Gesetzes Nr. 615, aber ich möchte sagen: Vielleicht wäre es noch möglich, durch die Vermittlung der Region auch hier zu einer Lösung zu kommen. Wir haben mit Besorgnis feststellen müssen, daß auch gewisse Behörden ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, denen sie aufgrund der Sanitätsgesetze von 1934 hätten nachkommen können und sollen. Dieses Gesetz im Gesundheitswesen bietet dafür eine gute Möglichkeit. Ich möchte hier nicht über jemanden sprechen, der diese Erde verlassen hat, also über den Provinzialarzt, — « de mortuis nihil nise bene » —, aber ich muß sagen: Als Amtsarzt, als Funktionär, der diese Dinge wahrzunehmen hat, sind wir auch jetzt noch nicht mit seiner

Handlung einverstanden. Und es wird daher unsere Forderung sein, die natürlich über die autonome Provinz Bozen zu erheben ist, daß wir nunmehr einen deutschen Provinzialarzt erhalten sollen, weil auch der stellvertretende der italienischen Volksgruppe angehört und weil wir endlich einmal dieses sehr wichtige Amt in deutschen Händen wissen wollen. Ich glaube, es ist ein Recht des Menschen, in einer gesunden Umwelt zu wohnen und zu leben und ich möchte hier jede Spekulation politischer Natur aus dem Wind sprechen, denn ich glaube, verseuchte Luft und Umwelt werden den 80.000 Italienern in Bozen genauso schlecht tun wie den 20.000 Deutschen. Deswegen brauchen wir in dieser Hinsicht keine Spekulation und die Arbeitnehmer, die in den Betrieben sind, die haben den ersten Vorteil, wenn eine Besserung eintritt.

Wenn unser Gruppenführer vorhin die widersprüchige Haltung der Vertreter dieser Betriebe des Industriellenverbandes aufgezeigt hat, so möchte ich sie nur insofern ergänzen, daß man am 4. April dieses Jahres kein Geheimnis daraus gemacht hat und erklärt: Wenn die Südtiroler Landesverwaltung den Strom, der aufgrund des Artikels 11 des Autonomiestatutes zur Verfügung steht, eine gewisse Menge zum verbilligten Preis den Industriebetrieben zur Verfügung stellt, so haben sie keine Schwierigkeiten, den geschädigten Bauern den Schaden zu begleichen. Am nächsten Tage, am 5. April hat derselbe Funktionär des Industriellenverbandes in einem Fernsehinterview erklärt: Von den Schäden kann überhaupt nicht die Rede sein; die Probleme sind längst schon gelöst. Ich möchte diesen Widerspruch aufzeigen und auch daran erinnern, daß hier kaltblütige Behauptungen aufgestellt werden und letzten Endes die Volksgesundheit beeinträchtigen. Diese Haltung ist unglaublich und

deswegen appelliere ich an die Region, ihre guten Dienste aufgrund des Staatsgesetzes hier einzusetzen.

Zum Gesetzgebungsprogramm: Hier sind im Jahre 1971 einige bedeutende Sozialgesetze vom Regionalrat erlassen worden und wie ich aus dem Entwurf entnehme, hat die Regionalregierung vor, auch in diesem Jahr einige Initiativen zu ergreifen. Wenn ich jetzt richtig verstehe, so steht hier im Haushalt zu den Kapiteln 1830 bis 1832 eine Erhöhung für die Regionalgesetze 21 vom Jahre 1958, 14 vom Jahre 1959 und 36 vom Jahre 1963. Der zuständige Regionalassessor weiß, was ich anschneiden will, was ich bereits in einer Anfrage gefordert habe, nämlich, daß diese Regionalgesetze zusammengelegt, novelliert werden, daß sie vereinheitlicht werden für alle drei Krankenkassen der Bauern, Handwerker und Kaufleute, denn, meine Herren, wenn ich sehe, daß unter Kapitel 1831 plus 14 Millionen dazukommen bei der Krankenkasse für die Handwerker, bei Kapitel 1832 plus 11 Millionen bei der Krankenkasse für die Kaufleute, so bin ich damit selbstverständlich einverstanden, ich muß aber sagen: Wenn man zum Kapitel 1830 auf Regionalgesetz Nr. 21 vom Jahre 1958 die bisherige Zuwendung bei 60 Millionen Lire beläßt, so wird diese Initiative der Region unglaubwürdig und sie ist widersprüchig. Denn, meine Herren, die Analyse ergibt, daß bisher pro versicherten Handwerker 456 Lire gegeben worden sind, pro versicherten Kaufmann 419 Lire und für die schwächste Kategorie pro versicherten Bauer nur 375 Lire. Ich glaube, hier würde eine Vereinheitlichung aller drei Gesetze anstehen, und die Beitragsleistung auf 1.000 Lire zu erhöhen, wäre hier meines Erachtens gerecht. Und wenn mir nun die Frage der Finanzierung entgegeng gehalten wird, so möchte ich eine

Anregung geben: Wir haben im November das Regionalgesetz Nr. 42 verabschiedet, mit welchem die sogenannte Mutterschaftsbeihilfe an die Bauern mit 80.000 Lire vorgesehen wurde. Am 1. Juni dieses Jahres tritt das Staatsgesetz Nr. 1204 vom 30. Dezember 1971 in Kraft, welches vorsieht, daß diese Beihilfe an Bauern, Handwerker und Kaufleute gewährt wird und somit werden aus dem Regionalgesetz mindestens 30.000 Lire frei. Ich glaube, der Einsatz dieser frei werdenden Mittel wiederum auf dem sozialen Sektor ist gerechtfertigt und hier würde sich eine Möglichkeit bieten, gleiche Verhältnisse zu schaffen. Ich möchte hier vom Herrn Assessor eine ganz klare Antwort erhalten, wie die Regionalregierung diese Dinge oder diese Möglichkeit sieht.

Was das Assessorat für Landwirtschaft anbelangt, so möchte ich nur meine Intervention auf drei Fragestellungen beschränken: Ich möchte eine genaue Aufstellung haben über die Zuwendungen der Region auf dem Gesetz Nr. 364 vom 25. Mai 1970, vom sogenannten Solidaritätsfonds und zwar über die Schätzungen der Schäden und über die Zuwendungen an die Region und die Aufteilung auf die Provinzen. Nachdem dieser Haushalt so schnell verabschiedet wird, war dies nicht möglich, vorher zu beantragen. Es würde mich interessieren auf dem Gesetz Nr. 592 vom 4. August 1971, wo für die Bonifizierungen Mittel vorgesehen werden sollen, auf Staatsebene 14,5 Milliarden Lire, wenn ich mich nicht täusche, ob und wieviel an die Region Trentino-Südtirol hier zugewiesen wird und ob der zuständige Assessor mir diesbezüglich Aufklärung geben kann. Und schließlich würde mich interessieren, welches die Zuwendungen und die Anzahl der Ansuchen zum Gesetz Nr. 590 vom 26. Mai 1965 gewesen sind und

die Gesuche, welche bisher noch behängen.

Noch zu einem Wirtschaftssektor möchte ich Stellung nehmen und zwar zu der hier im Bericht zitierten Zentralraiffeisenkasse. Ich erinnere daran, daß wir voriges Jahr im Regionalrat einen Beschlußantrag genehmigt haben, der der Provinz Trient die Zentralraiffeisenkasse, die uns mit Paket gewährt wird, gratis ins Haus stellen soll — und damit kann man auch einverstanden sein, nur scheinen mir die Dinge sich etwas in die Länge zu ziehen. Ich weiß nicht, ob es stimmt, was böse Zungen erklären wollen, daß in Bozen die Zentralraiffeisenkasse nicht früher kommen kann, als sie in Trient kommen wird. Ich glaube, hier wäre eine Aufklärung vor offenem Hause sehr angebracht, denn es ist für die völkische Minderheit sehr essentiell, wenn ein einheimisches Bankinstitut nun entsteht, auch weil es seine Wiedergutmachung des in der Faschistenzeit angefügten Unrechtes bedeutet. Falls keine konkreten Zusicherungen diesbezüglich gegeben werden sollten oder könnten, so möchte ich an die Regionalregierung appellieren, daß sie diesbezüglich bei den zuständigen Stellen in Rom vorstellig werden möchte, damit wir dieses Institut so bald als möglich in unserer Provinz haben werden und damit hier eine Lücke auf dem wirtschaftlichen Sektor geschlossen werden kann, die bisher sicherlich zu unserem Nachteil gefehlt hat und in Zukunft eine bedeutende Funktion für Südtirol zu erfüllen hat.

Ich behalte mir vor, noch zu einzelnen Kapiteln Stellung zu nehmen und schließe ab in Rücksicht auf die Kürze, an die wir uns alle halten wollen.

*(Signor Presidente! Colleghe e colleghi!
La esigua disponibilità di tempo ci costringe*

quest'anno di prendere soltanto brevemente posizione in merito al bilancio regionale. Tuttavia desidero trattare alcune questioni fondamentali e qualche problema particolare.

Se si sottopone questa relazione del Presidente della Giunta regionale ad una valutazione politica, non ci si può esimere dal fare un'oggettiva critica, poiché sin dall'inizio la formulazione ed il contenuto della relazione non appaiono molto chiari. Ivi infatti si legge fra l'altro quanto segue: «Tuttavia, la posizione della Regione — resa in taluni profili meno interessante — mantiene senso compiuto, al di là di settori nei quali è mantenuta una specifica incidenza». Sarebbe bene, se il Presidente della Giunta regionale potesse commentare questa tematica davanti al Consiglio regionale, per spiegare che cosa egli intenda in concreto, tenendo naturalmente presente il futuro della Regione. Desidero inoltre esprimere la mia riconoscenza ai rappresentanti delle Province e della Regione, che hanno condotto le trattative con il Governo centrale, vale a dire con il ministero del tesoro, poiché mai come quest'anno sono stati previsti sostanziosi stanziamenti a favore di detti enti, e credo che ciò si debba all'effettivo impegno da parte di coloro, che hanno partecipato alle trattative.

Per quanto riguarda la situazione economica, che in questa relazione è stata esposta senza mezzi termini, mi si permetta di richiarmarmi al mio intervento fatto il 24 febbraio dello scorso anno, in cui ho fra l'altro dichiarato: una stabilità fra queste organizzazioni, che ad un tratto hanno da avanzare in continuazione delle richieste, è raggiungibile soltanto mediante una tregua di lotta, ed in particolare intendo i sindacati, che inscenano scioperi non sempre giustificati.

In questa relazione si parla infine del trasferimento delle competenze e della continuità

dell'amministrazione ed a tal proposito mi permetto invitare la Giunta regionale di voler realizzare al più presto le iniziative annunciate in questo programma legislativo, indispensabili per la continuità dell'amministrazione. Ricordo ad esempio il problema del personale, che date le sussistenti condizioni, p.e. nel settore agricolo ed in particolar modo in determinati uffici periferici, non si è riusciti, ed il signor assessore per l'agricoltura dovrà confermarlo, non si è riusciti, ripeto, a coprire i posti vacanti, come p.e. all'Ispettorato della Val Venosta, nonostante il grande contingente di impiegati regionali ed i vari tentativi fatti a tal proposito. Ritengo sia ora e tempo di provvedervi in merito, poiché è giusto che si completino gli organici degli uffici posti alla periferia, i quali notoriamente hanno da svolgere determinate funzioni.

Rimane inoltre insoluto il problema del personale preposto ai servizi antincendi, che il signor assessore regionale, in data 23 marzo mi aveva promesso di risolvere con la nuova legge concernente suddetto servizio, poiché l'ordinamento dei VV.FF. poggia sia sul regolamento nazionale, come pure su quello regionale, per cui credo sia necessario dare finalmente, con il presente progetto di legge, alla menzionata categoria un chiaro regolamento.

Se è lecito esprimere una valutazione politica, vorrei permettermi di rilevare una piccola contraddizione, che emerge a mio avviso a pagina 2 della relazione del signor Presidente e cioè che l'accordo di amicizia tra l'Italia e l'Austria sarebbe imminente e che quindi si lavorerebbe inequivocabilmente in tale direzione. Credo che simile affermazione sia ancora prematura, in quanto le circostanze non hanno raggiunto ancora la necessaria maturazione politica, per far apparire all'orizzonte le

prospettive del menzionato accordo di amicizia, tanto più che poco sotto si dichiara che mancano ancora le importanti norme di attuazione, relative allo Statuto di autonomia. Sappiamo comunque quanto è previsto, ma simile affermazione è ancora prematura, se si dichiara fra l'altro che si devono approvare ancora le norme di attuazione ed importanti leggi ordinarie.

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): È questa una valutazione politica che è giusto fare in sede di Consiglio.

Mi si permetta trattare alcuni problemi che devono essere esposti sia in merito alla relazione, come pure in merito alla situazione economica. Si parla infatti della possibilità e della futura funzione in senso europeo della regione alpina. Nella relazione è espressamente menzionato l'accordo per il regolamento dello scambio facilitato di merci tra il Trentino - Alto Adige ed il Tirolo Vorarlberg, ma io ritengo sia ora e tempo di creare determinate premesse di natura puramente materiale, se questa regione alpina dovrà veramente assumere una propria funzione nella futura Europa. Ricordo innanzitutto la situazione della viabilità, che migliorerà senz'altro con l'approntamento dell'autostrada. È mio desiderio però menzionare pure il problema delle strade statali, poiché non è soltanto compito delle Province, ma di tutta la Regione e soprattutto dello Stato, di non abbandonare dette arterie stradali, che collegano l'Italia con gli stati stranieri e che inoltre sono portatrici di dividendi di primo rango, nello stato in cui si trovano, almeno in Provincia di Bolzano, ogni anno in primavera. Già l'anno scorso la

Giunta regionale ebbe a dichiarare che si sarebbe adoperata in tal senso presso gli organi centrali. Sarebbe interessante sapere a quali prospettive di soluzione abbiano condotto questi interessamenti, che avranno avuto senz'altro luogo.

Al signor Presidente della Giunta regionale sarà noto, per aver appreso da varie interrogazioni a lui stesso rivolte, che mi sono permesso esporre ripetutamente un problema, e cioè quello delle comunicazioni telefoniche, che in quest'ambito non è stato ancora risolto. Credo che a tal proposito una tariffa ridotta, nonché la possibilità di comunicare direttamente con gli stati esteri, come avviene tra la Germania e la Svizzera, tra l'Austria e lo stato elvetico, rientri nello sviluppo del turismo e del commercio. Posso pertanto comunicare al signor Presidente, che rispondendo a suo tempo alla mia interrogazione, mi aveva promesso di seguire costantemente questo problema, di essere venuto in possesso di una relazione austriaca, da cui emerge che da parte di questo stato il problema viene considerato maturo per la relativa definizione e che le comunicazioni telefoniche con l'Alto Adige, vale a dire con tutta la nostra area economica, possono passare direttamente attraverso le normali vie di frontiera, anziché attraversare le centrali di Klagenfurt e di Milano. Credo che ciò sia economicamente molto interessante e desidero pregare la Giunta regionale di voler intervenire in tal senso presso i nostri organi statali.

Se la nostra Regione alpina avrà da adempiere, come si è detto, ad una particolare funzione, il problema della tutela dell'ambiente naturale mi sembra degno di essere menzionato in questa sede.

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): Credo che questa Regione non si presenti interessante al commercio europeo per i nostri occhi celesti, ma poiché il nostro territorio è predestinato a zona di recreazione o di riposo oltre a svolgere una ben definita funzione. Se dunque le cose stanno in questi termini ritengo opportuno che nel settore concernente la difesa dell'ambiente naturale, che compete sì primariamente alla Provincia — ed in tale sede molto è stato fatto —, si operi più intensamente anche da parte della Regione, alla quale è pure riservata una competenza, derivante dalla legislazione nazionale. Non ho potuto leggere in modo approfondito questa relazione, che mi è stata consegnata appena ieri, ma devo dichiarare che ivi sono contenute interessanti esposizioni. A tal proposito non posso fare a meno di ricordare una mozione, approvata all'unanimità nel giugno 1970 dal C.R., con la quale si invitava la Giunta regionale...

Non si sente?

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): Proprio a me deve succedere! Comunque desidero ricordare alla Giunta regionale la mozione approvata all'unanimità dal Consiglio regionale nel giugno 1970, con la quale veniva invitata ad esporre in questa sede le iniziative intraprese in merito alla questione riguardante la difesa dell'ambiente naturale. Tale relazione, a mio avviso, manca tuttora.

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): Ed ora vengo alla situa-

zione di Bolzano che desidero esporre in modo dettagliato. Come noto, la zona industriale di Bolzano sorge nelle immediate vicinanze dell'abitato e stando alla perizia elaborata dall'Università di Padova, vi sono ben quattro industrie emittenti gas di scarico di tale portata, da provocare un inquinamento atmosferico, idrico e del suolo in tutto il centro abitato, pregiudicando seriamente la salute pubblica. La Giunta regionale, appoggiandosi ai valori limite internazionali, valevoli per questo tipo di inquinamento, ha emanato a suo tempo un decreto, con cui si è provveduto a regolare, ad esempio, nei suoi elementi le acque industriali che vengono scaricate nelle acque pubbliche. Mi chiedo dunque se questa situazione possa perdurare, visto che è stato constatato, che nell'acqua potabile vi sono presenti per ogni litro 35 milligrammi di fluoro, mentre secondo il Consiglio regionale, vale a dire il decreto della Giunta, in ogni litro di acqua non può essere superato il limite massimo di 0,5 milligrammi. Non ci si meravigli dunque per gli effetti deleteri che si ripercuotono sulla salute pubblica e per le cosiddette macchie blu comparse sui bambini. qualora si dovesse elargire a favore di queste grandi industrie mezzi finanziari per l'installazione di impianti depuratori, ai quali sarebbero di per se obbligate provvedervi, come altre industrie, a proprie spese, tale fatto mi inquieterebbe. Sono in grado di presentare il conto annuale e quello degli utili di questi ultimi anni, relativi alle aziende in parola e loro Signori potranno apprendere che detti conti annuali, depositati in Tribunale, e che comunque non corrisponderanno agli effettivi bilanci, in quanto si tratta dei conti annuali predisposti in conformità alla legge, loro Signori, ripeto, potranno quindi apprendere, che questi bilanci ufficiali costituiscono sufficienti

riserve e rendite di capitale, che data l'attuale situazione economica non è più giustificato concedere grandi sovvenzioni a simili aziende. Se si continua dunque a giocare con la salute pubblica e le stesse autorità ammettono che su 100 ben 3 bambini sono colpiti dalle cosiddette « macchie blu », in merito alle quali uno specialista americano ebbe a dichiarare che simile fenomeno è preoccupante, poiché non si sa se ciò dia origine a tumori od a formazioni di cancri; la cosa è quindi molto grave, se si considera che la Provincia di Bolzano detiene di per se sul piano nazionale il triste primato di maggior numero di casi tumorali. Mi permetto pertanto rivolgere un appello agli organi competenti, affinché oltre alle discussioni accademiche ed al lavoro positivo svolto finora, intervenga finalmente in modo inequivocabile. Credo non sia lecito tacere i danni che da anni si causano a 700 ettari di coltivi e cioè in un rapporto che va dal 40 al 100%, senza peraltro indennizzare i danni in parola. Di conseguenza la popolazione si irrita alquanto nell'apprendere che a questa azienda vengono concessi contributi per i necessari investimenti. Prendo atto dell'intervento operato dalla Regione mediante la legge 615, ma vorrei aggiungere che attraverso la mediazione dell'amministrazione regionale si riuscirebbe ancora giungere ad una soluzione. Abbiamo dovuto constatare con viva preoccupazione come certe autorità non abbiano adempiuto ai propri doveri, derivanti dalla legge sanitaria del 1934. Questa legge sulla sanità ci offre pertanto una buona possibilità. Non desidero parlare male di qualcuno che ha già lasciato questo mondo, vale a dire del medico provinciale — « de mortuis nihil nisi bene » —, ma devo dire che come ufficiale sanitario, come funzionario, preposto a questo settore, non possiamo ancor oggi condividere il suo operato. Sarà pertanto

la nostra richiesta, che naturalmente va avanzata al di là della Provincia autonoma di Bolzano, che venga insediato un medico provinciale di lingua tedesca, poiché già il suo sostituto appartiene al gruppo etnico italiano ed essendo nostro desiderio sapere simile importante ufficio in mano ad una persona di lingua tedesca. Ritengo che sia un diritto dell'uomo, vivere in un ambiente sano ed a tal proposito desidero prevenire qualsiasi speculazione a carattere politico, poiché credo che l'atmosfera e l'ambiente inquinato faccia male sia agli 80.000 abitanti italiani, sia ai 20.000 tedeschi che vivono a Bolzano. Pertanto ogni speculazione è superflua in qualsiasi senso ed i lavoratori che lavorano nelle industrie, sarebbero a mio avviso i primi ad avvantaggiarsene se subentrasse un miglioramento.

Siccome il nostro capogruppo ha indicato pocanzi il comportamento contraddittorio dei rappresentanti delle aziende dell'associazione industriali, desidero soltanto integrare quanto esposto, facendo presente che il 4 aprile c.a. non si è evitato ad affermare che, qualora la amministrazione provinciale provvedesse a fornire parte dell'energia elettrica, disponibile in base all'art. 11 dello Statuto di autonomia, a tariffa ridotta alle industrie, queste non avrebbero alcuna difficoltà a risarcire i danni ai contadini interessati. Il giorno dopo, dunque il 5 aprile, lo stesso funzionario dell'associazione industriali ebbe a dichiarare in un'intervista televisiva, che non è il caso di parlare di danni, essendo stato già da tempo risolto il problema. Desidero indicare questa contraddizione e fare presente che non si tralasciano impavide affermazioni, recando però alla fin fine pregiudizio alla salute pubblica. Simile posizione è incredibile, per cui rivolgo un appello alla Regione di voler intervenire, richiamandosi alla rispettiva legge nazionale.

In merito al programma legislativo: nell'anno 1971 il Consiglio regionale ha emanato alcune importanti leggi sociali e, come posso apprendere dal progetto, la Giunta regionale intende realizzare anche quest'anno alcune simili iniziative. Se ho ben compreso i capitoli del bilancio dal 1830 al 1832 sono stati aumentati a favore delle leggi del 1958 n. 21, del 1959 n. 14 e del 1963 n. 36. Il competente assessore regionale sa quale problema mi accingo ad affrontare, egli infatti conosce quanto ho richiesto in un'interrogazione, cioè di unire e di riformulare queste leggi regionali e renderle quindi uguali per tutte e tre le Casse mutue, vale a dire dei coltivatori diretti, degli artigiani e dei commercianti. Signori colleghi, noto appunto che al capitolo 1831 sono stati aggiunti 14 milioni a favore della cassa degli artigiani, al capitolo 1832, che riguarda quella dei commercianti, 11 milioni di lire e fino qui sono naturalmente d'accordo, ma devo fare presente che l'iniziativa della Regione diverrebbe incredibile e contraddittoria, qualora l'assegnazione prevista finora al capitolo 1830, riguardante la legge regionale dell'anno 1958 n. 21, dovesse rimanere sui 60 milioni. Signori consiglieri, da un'analisi risulta infatti che finora per ogni artigiano assicurato è stato versato un contributo di 456, per ogni commerciante 419 lire e per ogni coltivatore diretto, che fa parte della categoria economicamente più debole, 375 lire. Ritengo pertanto opportuno la unificazione di tutti e tre i provvedimenti per portare, come credo giusto, i rispettivi contributi a 1.000 lire pro capite.

Qualora mi si volesse obiettare qualche cosa in merito al finanziamento, premetto subito che nel mese di novembre abbiamo approvato la legge regionale n. 42, che prevede il cosiddetto sussidio di maternità di 80.000

lire a favore della categoria dei coltivatori diretti. Il primo giugno c.a. entrerà in vigore la legge nazionale del 30 dicembre 1971 n. 1204, che provvederà appunto questi sussidi a favore della menzionata categoria, nonché di quella degli artigiani e commercianti, per cui dalla legge regionale si renderanno disponibili almeno 30.000 lire. Credo che l'impiego di detti mezzi nel settore sociale sia giustificato, per cui ci sarebbe la possibilità di creare per tutte e tre le categorie le stesse condizioni. A tal proposito desidero ottenere dal signor assessore una chiara risposta, per conoscere il pensiero della Giunta regionale.

Per quanto riguarda l'assessorato all'agricoltura, vorrei limitare il mio intervento a tre domande: desidero innanzitutto conoscere il preciso elenco dei contributi erogati a favore della Regione a sensi della legge 25 maggio 1970 n. 364, dal cosiddetto fondo di solidarietà, nonché le estimazioni dei danni ed infine la ripartizione dei mezzi finanziari operata dalla Regione a favore delle due Province. Siccome questo bilancio deve essere approvato entro breve tempo, non è stato possibile avanzare prima tale richiesta. Mi interesserebbe inoltre sapere, se a sensi della legge 4 agosto 1971 n. 592, che prevede, se non erro, uno stanziamento sul piano nazionale di 14,5 miliardi di lire per opere di bonifica, siano previsti dei contributi a favore della Regione Trentino - Alto Adige, ed in caso affermativo l'ammontare dei medesimi; a tal proposito desidero pure chiedere all'assessore competente se sia in grado di fornirci delle delucidazioni in merito. Infine vorrei essere erudito sullo ammontare dei contributi e sulle domande presentate, tendenti ad ottenere i benefici di cui alla legge 26 maggio 1965 n. 590, nonché il numero delle istanze ancora inevase.

Mi si permetta di prendere ancora posi-

zione in merito ad un settore economico, vale a dire alla Cassa rurale centrale, menzionata nella relazione. Faccio presente che lo scorso anno il Consiglio regionale aveva approvato una mozione, grazie alla quale la Provincia di Trento otterrebbe gratuitamente suddetta Cassa centrale, concessaci dal pacchetto, e su ciò possiamo pure concordare, ma comunque le cose stanno andando alla lunga. Non so se corrisponde a verità, quanto affermano malelingue e cioè che a Bolzano non si potrà istituire la Cassa centrale in parola, prima che non venga creata pure a Trento. Ritengo pertanto opportuno una chiarificazione davanti a questo consesso legislativo, poiché per una minoranza etnica è essenziale istituire un istituto bancario locale, la qual cosa significherebbe fra l'altro una riparazione all'ingiustizia sofferta durante il periodo fascista. Qualora non venisse data, o meglio non si potesse dare a tal proposito una concreta assicurazione, desidererei appellarmi alla Giunta regionale, invitandola di voler intervenire presso gli organi centrali di Roma, al fine di sollecitare l'istituzione di detto Istituto nella nostra Provincia, onde poter colmare una lacuna nel settore economico, in quanto per l'Alto Adige la menzionata mancanza ha avuto senz'altro effetti negativi, ma in futuro l'iniziativa di cui sopra dovrà adempiere ad una importante funzione.

Mi riservo infine di intervenire ulteriormente nel corso della discussione articolata e concludo per osservare gli accordi presi circa la breve durata degli interventi).

PRESIDENTE: La seduta è sospesa. Riprenderà alle ore 15. Prego i signori consiglieri di essere puntuali.

(Ore 12,40).

Ore 15.13

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Ha la parola il cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Un attimo di pazienza, signor Presidente, perché non pensavo che mi prendesse così di brutto, appena entrato. Penso che sarò brevissimo, non soltanto per mantenere l'impegno che abbiamo preso fra capigruppo di favorire con una moderazione nei tempi degli interventi la conclusione in giornata della discussione del bilancio, ma perché mi pare che, e pare al mio gruppo, che ha visto insieme, ha considerato insieme le considerazioni del Presidente della Giunta, pare di poter dare un giudizio globale, motivato più che su di una analisi articolata e minuziosa della sua relazione, sullo spirito informatore della relazione stessa. Dico innanzi tutto che concordiamo con alcune valutazioni fatte dal Presidente Grigolli sulla possibilità per la Regione di avere una sua giustificazione politica-sociale di promozione, anche dopo l'entrata in vigore dello Statuto, per cui se questo bilancio, come è stato definito, non ricordo esattamente la espressione che era del resto molto significativa, se è un bilancio di trasferimento, bilancio di «demenagement», come dicono i francesi, cambio di casa, spostamento di mobili, spostamento di suppellettili, è tuttavia una tappa, dopo la quale la Regione può incominciare una diversa vita, che ha piena giustificazione per essere continuata, sia pure nelle più limitate dimensioni dei suoi poteri legislativi e amministrativi. Basti pensare ad alcuni campi nei quali penso che non si farà mai abbastanza, non si raggiungerà mai, non dico la perfezione, ma neanche la sufficienza. Basti pensare alle competenze rimaste in materia previdenziale, sia

pure competenze di carattere secondario e integrativo, basti pensare alle competenze in materia di ordinamento sanitario, basti pensare a quella mitologica ormai unità sanitaria locale, di cui da anni in Italia si parla, e che volendo potremmo essere ancora noi i primi a costituire a sperimentare, tenendo conto che una sua giustificazione la Regione continua ad averla, purché appunto assuma, con dovuto spirito, con il dovuto slancio l'impegno di realizzare queste competenze residue, ma non del tutto trascurabili. Senza approfondire il discorso, vorrei accennare anche alle competenze in materia di contributi di miglioria specifica, che è una di quelle cose che sono sempre rimaste lì nel nostro Statuto, forse anche con una spiegazione di carattere quanto meno psicologico attendibile. Nella patria delle 12 o 13 mila disposizioni legislative e regolamentari in materia fiscale, tante erano secondo un mio ricordo di letture di una prefazione di un codice fiscale, di non molti anni fa, era scoraggiante pensare di imporre una nuova imposta. Forse adesso, riforma tributaria aiutando e riduzione delle competenze regionali aiutando, potremmo pensare alla giustizia e alla giustizia implicita nel principio di questa imposizione che vedrebbe finalmente il cittadino beneficiato dall'intervento del denaro pubblico nell'obbligo di restituire alla collettività una parte proporzionale dei benefici che ha avuto. Dico bastano queste cose per accettare e per condividere il discorso sulla, non vorrei dire residua, ma mi si passi l'espressione che non è negativa, sulla residua possibilità operativa politica e amministrativa e creativa direi anche della Regione. Detto questo, per dire onestamente che alcune cose e alcune valutazioni contenute nelle 30 cartelle della relazione del Presidente le condividiamo; alcune le condividiamo come scontate, direi

come è ovvio, senza offesa, così, difficilmente sarebbero, potrebbero essere oggetto di valutazione, di critica: il discorso sull'Europa, il discorso sull'integrazione europea, il discorso sulla nostra collocazione e regionale e nazionale nel contesto dell'Europa attuale, dell'Europa futura, dico sono cose scontate, non per sottovalutarle, ma per dire che non abbiamo difficoltà a consentire con alcune di queste analisi e di queste valutazioni. Detto questo, però arrivo alla valutazione che può essere, appunto come dicevo prima, riassuntiva, valutazione negativa da parte nostra, dello spirito informatore, più che altro, del tono, della ispirazione soprattutto di questa relazione, che non ci trova assolutamente concordi. Già l'anno scorso avevamo avuto modo di notare un per noi non accettabile allineamento della posizione del Presidente della Giunta su posizioni politiche e su analisi della situazione politica che ripetono posizioni che noi non condividiamo, posizioni quanto meno moderate. Quelle che oggi noi chiamiamo neocentrismo e che i portatori delle medesime chiamano di centralità. Posizioni che riteniamo evidentemente e decisamente superate, e sulle quali noi non possiamo assolutamente trovarci d'accordo. Direi che, così, senza attribuire eccessiva importanza a quelle che sono delle prove esterne, che possono anche non essere accettate dall'autore della relazione, ma direi che non è senza significato la calda, entusiastica approvazione su determinati giudizi e su determinati atteggiamenti, espressa questa mattina dal capogruppo del P.L.I. Senza buttare le cose in soldoni e dire « dimmi con chi vai e ti dirò chi sei » e assumere questo vecchio proverbio come un parametro di verità politica, certo un determinato significato anche queste cose ce l'hanno. Può darsi anche che Agostini abbia interpretato male le opinioni

del Presidente della Giunta, ma io devo ritenere che Agostini qui esprimesse il parere non solo personale, che può essere anche erroneo, come tutti noi possiamo sbagliare, ma che abbia interpretato un po' la posizione del suo partito. Ecco già un sintomo di carattere indiretto che può dare un'idea di questo indirizzo preso dalla relazione del Presidente. Ma non voglio insistere molto su questo. Vorrei rilevare un altro fatto, è sparito mi pare per la prima volta — io non sono un attento registratore dei testi, direi che vado a orecchio, se mi sbaglio son pronto a farmi rintuzzare e correggere — ma direi che è sparito per la prima volta dai discorsi ufficiali e impegnativi di esponenti regionali della D.C. qualsiasi accenno che era, così, non dico di moda, ma era ritenuto penso sinceramente necessario, di auspicio per il ritrovamento di convergenze di centro-sinistra. Ora qui non voglio essere frainteso, qui veramente desidero che le cose siano messe in chiaro. Non è che noi vogliamo assumere il ruolo della mondana, corteggiata che dice di no, o della donna corteggiata che dice di no. Ce l'avete detto alcune volte; abbiamo detto di no noi per ragioni nostre, per carità, ripeto ci tengo molto a fare un discorso a questo proposito, che non lasci spazio a repliche o a malintesi. Non è che noi ce lo aspettassimo perché volevamo o vogliamo che di anno in anno gli esponenti democristiani ci ripetano la loro nostalgia, il loro auspicio per un ritorno alla collaborazione di centro-sinistra, così per poter dire di no e farci belli del nostro no. Pensiamo che sul piano personale, cioè se queste cose dovessero essere trattate con le suscettibilità che hanno le persone singole, sul piano dei rapporti personali, sarebbe più che mai giustificato questo silenzio, perché dopo alcune insistenze, o di richiamo a questa passata colla-

borazione o di auspicio per il suo ritorno e dopo due o tre insistenti nostre risposte negative, ripeto, sul piano dei rapporti personali sarebbe più che giusto dire: non ne parliamo più. Sul piano politico, viceversa, questi pudori o queste cose non ci dovrebbero essere e quindi è evidente che ha un significato il silenzio assoluto, il dire che si considera superata questa fase e noi ne prendiamo atto, non è che noi recriminiamo o ci sentiamo diminuiti o offesi per non essere stati ulteriormente sollecitati. Diciamo che prendiamo atto come di un diverso atteggiamento assunto oggi dalla D.C. per lo meno attraverso il documento che il Presidente della Giunta ci ha letto. Così come dati di carattere indicativo piuttosto significativi e come ripeto voglio limitarmi ad alcune di queste cose essenziali per giustificare, se riuscirò a giustificarlo con sufficiente chiarezza, il nostro atteggiamento e il nostro giudizio. Mi rifaccio all'intervento di questa mattina del collega Gouthier, e ad alcune analisi e giudizi che lui ha dato della posizione assunta dalla Giunta attraverso la relazione del Presidente, per dire che ci ha preceduti e che in alcuni giudizi non possiamo essere perfettamente d'accordo. Ho già detto globalmente ci pare che questa Giunta . . . questa relazione del Presidente della Giunta, nelle parti più vitali, nelle parti politicamente più significative e impegnative, sia uno dei testi che potrebbero diventare testi classici, esemplificativi di una posizione che correttamente penso possa essere definita moderata. Una posizione di destra o al massimo di centro-destra della D.C. Difatti c'è un'insistenza veramente ossessiva, direi, o rasenta il tono ossessivo su alcuni temi che sono cari, che sono specifici di tutto l'arco moderato dello schieramento politico italiano, non da oggi ma accentuatamente lo caratterizza in questo periodo elet-

torale. Basti pensare al discorso sulla conflittualità, basti pensare al discorso sulle inquietudini, basti pensare al discorso sul tempo perso, perduto, sul quale io intendo più avanti ritornare, basti pensare alla coincidenza o al parallelismo che non credo sia casuale, fra le indicazioni della leggera, modesta, moderata, timida ripresa economica e il periodo in cui è cessato praticamente il centro-sinistra e cioè tutte le cose, secondo non dichiarazioni esplicite, ma secondo una collocazione piuttosto logica e significativa delle espressioni del Presidente della Giunta, tutte le cose hanno incominciato a non andare più tanto male, proprio nel momento in cui non c'è più stato il governo di centro-sinistra, dal momento in cui c'è stato il monocoloro, dal momento in cui è nato o è rinato il dialogo, sia pure ancora un po' a distanza, fra la D.C. o buona parte di essa, parte responsabilissima del resto, e il partito liberale. Queste coincidenze si trovano, se non ad ogni pagina, ad ogni capitolo, in cui è divisa la relazione del Presidente. Su tutto questo spirito che non vorrei lasciare così nel vago, per non lasciar l'impressione che noi, così, ce la caviamo con una motivazione generica. Questo spirito che non possiamo condividere, che non possiamo accettare, che secondo noi è un modo di interpretare la realtà unilaterale è sbagliato. Per esempio: il discorso sulla conflittualità permanente che torna e che è esposto ed espresso dal Presidente Grigolli con quella delicatezza e con quella precisione, con quella esemplare espressività di termini, che gli è peculiare, sembra diventato un dogma; per lui è sicuramente uno dei cardini della tematica politica, per lui invece è ancora del tutto indiscutibile, soprattutto non solo nella sua esistenza, se è vero che ci sia o non ci sia una conflittualità permanente, nelle sue conseguenze — di questo

ha già parlato Gouthier, io ho voluto solo sottolineare — che gli scioperi sono nati (e Gouthier l'ha detto ma non l'ha esplicitato come vorrei esplicitarlo io), gli scioperi sono nati perché aziende andavano male, non aziende sono andate male perché ci sono stati gli scioperi, o sono andate in malora per gli scioperi; gli scioperi sono nati da difficoltà aziendali, che non dico che siano state tutte curate con lo sciopero, intendiamoci, ma da questo al rovesciare tutta la responsabilità di una congiuntura economica sfavorevole sulla conflittualità, ci corre veramente una distanza spaziale. Ma in secondo luogo io dico questo: con la abitudine che ci stiamo facendo a buttare gli occhi fuori di casa, a guardare al di là della nostra provincia e della nostra nazione, a vedere cosa fanno gli altri in questo contesto di discorsi sull'Europa e sull'europeismo, non ci viene mai la buona ispirazione di vedere cosa succede negli altri paesi, allora a me qualche volta questa ispirazione mi è venuta, e non credo di essere più acuto o più intelligente di altri, basta avere un po' di buona volontà. E allora io dico sempre: esatto, guarda, tu me lo suggerisci, me l'hai scritto qui. Il compagno Nicolodi è esatto anche nei particolari... Era di questo che volevo parlare: l'Inghilterra. In un comizio posso richiamare la storia dell'Inghilterra, nel Consiglio regionale non voglio offendere nessuno, richiamare la storia dell'Inghilterra e definire il grado di democrazia che caratterizza l'Inghilterra. Però qui devo richiamare quello che nessuno si sogna di portare ad esempio o a confronto, lo sciopero dei minatori dell'Inghilterra. Ma c'è stato qualche cosa in Italia, il paese sull'orlo della crisi, il paese della conflittualità permanente rivoluzionaria, il paese del caos, il paese che è col piede nella fossa, secondo certa pubblicistica, soprattutto di destra e di centro-destra;

c'è mai stato qualcosa che assomigliasse lontanamente allo sciopero dei minatori di alcuni mesi fa in Inghilterra? Dico: qui veniamo a discutere. Portatemi fuori qualche cosa che gli assomigli. Perché in Italia l'energia elettrica si produce con le acque, prevalentemente. E ci sono gli elettricisti. Il corrispettivo per l'Inghilterra più altre cose sono i minatori; il corrispettivo per quel che riguarda questa produzione essenziale che è l'energia elettrica. E qui abbiamo letto, visto in televisione, sentito alla radio, tutti quanti, le conseguenze inimmaginabili in Italia dello sciopero dei minatori inglesi. Fabbriche chiuse, negozi chiusi, tram fermi, ferrovie ferme, uffici chiusi, gente gelata dal freddo, perché è venuto in pieno inverno . . .

CONSIGLIERE: Candele . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Candele! Si andava a candele! Nella modernissima e civilissima Inghilterra. Ma ve lo immaginate certi nostri difensori della produttività e della libertà che dovessero accendere il moccolo la sera al posto della lampadina in Italia! Ma vi immaginate cosa verrebbe giù, contro i comunisti, contro questi operai che non sanno più cosa volere, contro il caos, contro l'anarchia, contro gli extra parlamentari. E in Inghilterra? Ma avranno brontolato. Suppongo che da un lord o dal baronetto fino alla massaia abbiano bestemmiato in inglese come noi avremmo bestemmiato in italiano. Però l'Inghilterra non è andata in malora, però non c'è stato nessuno in Inghilterra, neanche il governo conservatore che abbia detto: qui bisogna porre freno e mano alle libertà o alle licenze sindacali; in un paese di effettiva democrazia si tollerano questi che possono essere considerati

anche eccessi della lotta sindacale, perché fanno parte della regola democratica. E oggi . . .

(Interruzione)

RAFFAELLI (P.S.I.): Voi non dite niente di diverso sull'Inghilterra, perché succede in casa d'altri, ma quando in Italia succedesse qualche cosa che vi assomiglia, mettereste la museruola . . .

(Interruzioni varie)

RAFFAELLI (P.S.I.): Eh, ma insomma, tutti i discorsi . . .

CRESPI (P.L.I.): C'è una differenza fra uno sciopero politico e uno sciopero economico . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Ah, perché gli scioperi in Italia sono politici?

CRESPI (P.L.I.): Una gran parte sicuramente . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Dal 1948, attentato a Togliatti, ti sfido a trovare uno sciopero che possa decentemente essere definito sciopero politico. Lasciamo perdere. Perché se vuoi dare tu la classifica di « politici », è perché ti fa comodo, e oggi abbiamo i ferrovieri. Io li ho visti in televisione, dalla televisione italiana, che non è un veicolo di propaganda comunista, almeno per me, per alcuni è l'eversione tradotta in video, ma direi che c'è un tantino di esagerazione. È mezzo di comunica-

zione di cui si servono prevalentemente le forze cosiddette democratiche. Eppure abbiamo visto . . .

AGOSTINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Certo!

AGOSTINI (P.L.I.): . . . che ci son dentro in gran numero!

RAFFAELLI (P.S.I.): Ti ringrazio sempre per le integrazioni utili che tu fai ai miei lacunosi discorsi. Il giorno però in cui non me li farai più questi discorsi . . .

AGOSTINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Ah, guarda, mai come quando ti ringrazio di queste cose. Puoi star sicuro.

Ora, dicevo, abbiamo visto le file di treni, le stazioni desolate, cose che succedono, ma che non assomigliano, perché son molto più duri dei nostri. Non parliamo degli scioperi in America, perché lì potrei anche dire c'è una componente del tipo di sindacato e del tipo di lotta sindacale che forse noi non aspiriamo ad avere. Comunque chi si sente di definire l'America un Paese non democratico, venga a dircelo che possiamo anche essere d'accordo. Fino adesso non siamo noi a proporre l'America come esempio. Ora dico, quando di fronte a considerazioni esemplificative come queste e come cento altre che si potrebbero fare, ci si viene a ripetere come dogma il discorso sulla

conflittualità e sui danni della medesima, sulle responsabilità della medesima nel determinare la situazione di crisi o di recessione nel nostro Paese, noi diciamo: non siamo d'accordo, non siamo d'accordo globalmente perché si parte da un punto di analisi e di considerazione della politica della società e delle forze che lavorano nella società, che noi assolutamente non condividiamo. Il tempo perduto di cui parla il Presidente: può darsi che ci dia chiarimenti che correggono l'interpretazione che io ritengo di dare a questo contesto in cui è inserita questa espressione, ma in mancanza di chiarimenti di questo tipo, io devo dire che io — non mi voglio definire materialista, ma di formazione marxista — mi scandalizza di sentire da uno di formazione e di professione cattolica, perché è veramente una valutazione di un materialismo piatto e gretto. Ore di lavoro perduto, tempo perduto per la produzione. E se fosse guadagnato per la conquista, per esempio, di altri valori, signor Presidente, come noi riteniamo, se questo tempo perduto per la produttività, per la produzione di beni e per l'incremento del reddito di un mezzo per cento, di un 1% del reddito e per l'incremento dei consumi sui quali non è che siamo tutti d'accordo che siano sempre un bene e solo un bene e indefinitamente un bene, perché anche su questo lei sa che il discorso è aperto, se, dicevo, questo tempo perduto, fosse perduto a quei fini e fosse guadagnato per l'affermazione di valori di carattere spirituale, quali sono la presa di coscienza, la presa di potere, la presa di forza, la presa di peso da parte delle classi lavoratrici, non vorrebbe essere dalla nostra parte e considerare guadagnato quel tempo, anziché perduto? Ecco un tema sul quale sicuramente divergiamo, se il significato delle sue parole è quello che noi riteniamo. Ed ecco un tema sul quale, comun-

que, siamo disposti al confronto, certi di avere delle valutazioni, discutibili come sempre, ma non certo da sottovalutare. Perché in questo caso le considereremo più ideali e più permeate di un certo spiritualismo rispetto alle sue, che sembrano permeate soltanto di una forma, direi proprio così, di materialismo e di utilitarismo, senza aggettivi. Questo il discorso sul suo discorso. Questa la valutazione sullo spirito che ci pare aver informato l'anno scorso e anche quest'anno i suoi apprezzamenti sulla situazione nazionale e sulla situazione locale. Questo il tono che noi non apprezziamo positivamente, anzi apprezziamo negativamente, che ci fa dire: con un'impostazione di questo genere, noi non andiamo d'accordo. Nei particolari del suo intervento, che per altri aspetti presenta spunti di interesse, elementi di discussione notevoli, non mi fermo, perché intendo mantenere l'impegno, l'ho già superato, come sempre, del resto — son sempre lungo, soprattutto in queste cose qui: e ne chiedo scusa —. Ma su un particolare sì mi vorrei fermare per un momento. Qui il tema d'obbligo: la cooperazione. Direi tema d'obbligo, perché non manca mai nei documenti, che vengono dalla sua parte. Ebbene, io dico: quanto sarebbe bello trovarsi d'accordo. Continuiamo a parlare anche noi di cooperazione nel nostro partito, nel nostro ambito, in modo particolare al di fuori di questa nostra regione, la cooperazione è uno dei temi prediletti, preferite più sentiti della attività e della battaglia politica ideale e concreta del nostro partito. Perché riteniamo che in forme diverse da quelle di ieri, in forme più evolute, in forme più avanzate, la cooperazione sia ancora uno dei validi strumenti per l'emancipazione di chi è singolarmente troppo debole, di fronte ai problemi della società, di fronte alle pressioni delle altre classi. E quindi che lei prometta la

conferenza sulla cooperazione come uno dei punti di incontro, di studio per il miglioramento, è una cosa di cui prendiamo volentieri atto, ma le diciamo un'altra cosa, perché tacerla sarebbe ipocrita e ci farebbe venir meno alle nostre responsabilità. Finché la cooperazione sarà concepita dal movimento cattolico, dal partito democristiano trentino, in forma strumentale, come veicolo di penetrazione politica e come collateralismo strumentale, che per esempio le Acli hanno abbandonato, allora un discorso di partecipazione nostra non lo avrete. E non è un'affermazione gratuita la mia, se è vero come è vero che nel campo della cooperazione avete sempre messo il filo spinato, col pretesto o col motivo, che era merito vostro o del nostro movimento politico, quanto meno merito precipuo di averla fatta nascere e sviluppata, nè se è vero come è vero — e questa è la cosa grave — che anche oggi, aprile 1972 corrente, ogni cooperativa di consumo di tutti i comuni del Trentino, ha il suo obiettivo da raggiungere, materializzato in tanti voti di preferenza per l'on. Monti o per il sen. Spagnoli. Cose difficilmente smentibili, perché, insomma, occhi e orecchi ne abbiamo anche noi e i soci delle cooperative, dei paesi, che non abbiano la tessera democristiana ci sono, perché quell'obbligo della tessera del partito non l'avete ancora istituito. Alle cooperative sono stati assegnati obiettivi precisi. Certo che non ho la lettera, il documento, ma come qualcuno può credere a voi che vi affannate a smentire, qualcuno dovrà pur credere che se mi assumo la responsabilità di dire queste cose, è perché le so in maniera precisa. E allora le conferenze non servono a niente. E quindi ecco un altro punto che, nobile nelle intenzioni, condivisibile nelle intenzioni, perde ogni suo valore, quando nella realtà poi questa cooperazione che dovrebbe essere uno

strumento di elevazione per i contadini, diventa strumento del partito per far votare contadini e artigiani in una certa maniera. E con queste le mie valutazioni son finite, e le implicazioni di questo discorso dovrebbero essere abbastanza esplicite. Vorrei, riferendomi all'intervento del cons. Benedikter, dire una cosa sola, anche se non è che lui mi abbia chiamato esplicitamente in causa. Riferendo stamattina sulle vicende dell'art. 10, l'ex art. 10, a proposito del quale io do atto ben volentieri e pubblicamente al collega Benedikter che egli è stato uno dei più validi e dei più fortunati, nella sua insistenza e nella sua intransigenza, promotori, dei sostenitori, a proposito comunque di questo articolo e delle sue vicende, io sento il dovere di fare una precisazione: si riferiva alla commissione consultativa operante nell'anno 1965 o 1966, anni durante i quali io ero assessore incaricato della materia. A un certo momento ho detto: una commissione consultiva dei tecnici e Dio ci liberi dall'aver ancora dei consultori tecnici di quel tipo. Io credo che sia ingeneroso lasciar passare questo apprezzamento senza una precisazione; i tecnici, che io non ho scelto, non ho incaricato — questo per la storia o per la cronaca, — ma che ho trovato incaricati dalla Giunta precedente erano e sono, perché sono vivi, due ingegneri del gruppo etnico tedesco, devo supporre indicati o comunque in possesso del gradimento del gruppo che in regione rappresentava, sia pure dall'opposizione il gruppo di lingua tedesca, e un ingegnere di lingua italiana della provincia di Trento. Incaricati di un parere che se non dico una cosa inesatta può essere definito « pro veritate », un parere disinteressato, un parere tecnico, uno studio per vedere in che cosa si poteva tradurre alla luce degli elementi economici e tecnici disponibili, in quante lire si

poteva tradurre il diritto indicato in Kwh e in Kw di potenza. Questi tecnici io devo dire, ho avuto la netta convinzione che avessero preso il loro compito con la massima serietà e col massimo zelo per fare l'interesse della Regione, che aveva dato loro questo incarico. Questi tecnici che sono arrivati alle conclusioni, poi superati in sede di revisione dello Statuto e largamente superate, non sono arrivati a quella cifra perché erano dei tecnici che non valevano e perché erano dei tecnici legati all'ENEL o alle società idroelettriche, ma perché con i dati in loro possesso sono arrivati a quelle conclusioni. Conclusioni che, devo ricordare, da parte dei tecnici dell'ENEL, furono esse stesse, per quanto modeste o giudicate modeste, contestate in pieno, tanto è vero che non se ne fece niente. Non ha ricordato, mi scusi l'assessore Benedikter, se vuole essere completo, se voleva essere completo, doveva ricordare che la cifra per Kw che ora è stata concordata in sede di revisione dello Statuto, è da considerarsi sotto un profilo tecnico fino a un certo punto e sotto un profilo politico per una buona parte, e quella commissione dei tecnici il profilo politico evidentemente non era abilitata a prospettarlo. In secondo luogo ho dimenticato un dato: che la cifra di oggi è comprensiva dei 10 centesimi per Kwh prodotto, che vengono aboliti come tali e vengono . . . conglobati . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Come no? E dove sono? C'è ancora la legge dei 10 centesimi, Io vedo dal bilancio vengono a mancare 600 e rotti milioni per cessazione di quella imposta.

BENEDIKTER (S.V.P.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Be', va be', me la spiegherò dopo. Cosa vuole che le dica! A me risulta . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): *(Interrompe)*.

RAFFAELLI (P.S.I.): C'è ancora l'imposta sui 10 centesimi? C'è ancora?

BENEDIKTER (S.V.P.): Se avesse ascoltato, avrebbe capito!

RAFFAELLI (P.S.I.): Io ho ascoltato! Abbia pazienza! Può anche darsi, guardi una delle due: io ascolto e capisco male; lei parla e si spiega poco bene. Poi c'è di mezzo sempre la vittima del traduttore, al quale qualche volta scappa qualcosa di quello che dice lei, perché si sente in dovere di dire: se ho capito bene, quando traduce il suo chiaro linguaggio. Comunque avrà tempo di spiegarmi dopo. No, ma guardi che non ho da polemizzare con lei. È per un doveroso riconoscimento della onestà dell'ing. Beikircher, dell'ing. Ferstl e dell'ing. Dolzani, tanto per non fare nomi, che, incaricati dalla Regione, ripeto, non da me, di fare quello studio, hanno fatto le cose, a mio giudizio, assolutamente secondo coscienza, il che poteva non risultare dal contesto del suo discorso, che esplicitamente ha detto: ci salvi Iddio da consulenti di questo genere. Siccome poi, ripeto, io ero assessore in quel periodo, e non ho dato incarico a quei signori di tenere le cifre basse per far piacere all'ENEL, mi permetterà che queste cose, non avendolo fatto nessuno della Giunta attuale, lo faccio io, come assessore che allora aveva questo settore. Dopo di che, sulla faccenda della

valutazione dell'indennità di oggi rispetto a quella di ieri, ciascuno di noi è libero di precisare e di giudicare come ritiene.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter, per fatto personale.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ja nur, um eigentlich zu wiederholen, was ich gesagt habe, denn ich habe ausdrücklich erklärt: In diesem Betrag ist nicht die Regionalsteuer, die 10-Centésimi-Steuer enthalten. Warum? Weil sie durch das Wiederaufleben der Abgabe an die Anrainergemeinden kompensiert ist, die in der Region ungefähr gleich viel ausmacht wie die 10-Centésimi-Steuer. Und ich kann als Mitglied des Neuner-Komitees bestätigen, wie uns vorgehalten wurde, daß die 10-Centésimi-Steuer nicht dazugeschlagen werden kann, weil wir eben gleichzeitig die Abschaffung des zweiten Absatzes des Artikels 63 und damit das Wiederaufleben dieser Anrainerabgabe verlangt haben. Eines wundert mich — diesen Satz noch, nicht wahr —: Wenn die Region damals dieses Gutachten angenommen hätte, dann hätte sie um die Hälfte abgeschlossen, ja um weniger als die Hälfte dessen, was dann im neuen Artikel 10 herausgekommen ist.

(Ho chiesto la parola per ripetere quanto già precedentemente detto e cioè che in questo importo non è inclusa l'imposta regionale, vale a dire l'imposta dei 10 centesimi. Ripristinando infatti il sovracanone a favore dei comuni rivieraschi si opera una compensazione, poiché nell'ambito regionale il precitato sovracanone corrisponde più o meno all'imposta dei 10 centesimi in parola. Quale membro del comitato dei nove posso confermare quan-

to ci è stato fatto presente in tale sede e cioè, come non sia possibile includervi pure predetta imposta, in quanto con l'abrogazione del secondo comma dell'articolo 63 abbiamo richiesto il ripristino del menzionato sovracanone. Questa frase mi lascia del resto un po' perplessa, poiché, qualora la Regione avesse accettato a suo tempo questo documento, avrebbe concluso le trattative in misura minore del 50%, rispetto a quanto previsto dal vigente articolo 10).

PRESIDENTE: La parola al cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, abbiamo visto che quest'anno il bilancio di previsione dell'ente regionale è ridotto e piuttosto striminzito, non dico ridotto ai minimi termini, ma è striminzito per quanto riguarda le potestà rimaste naturalmente alla Regione e non i fondi che poi vengono girati alle Province. Rimane la sanità, rimangono i Libri fondiari, i Vigili del fuoco, il controllo sugli enti locali, i segretari comunali, come si legge anche nella sua relazione, e quindi dico che il discorso più importante si farà evidentemente con le Province in sede provinciale, le quali entrano adesso a sostituire in gran parte la Regione. Però è altrettanto evidente che non si può squalificare un bilancio regionale, se pur ridotto restrittivamente e non intervenire su questo punto. Io ho sentito la sua relazione, non l'ho letta, ma l'ho seguita attentamente, quando lei la leggeva, dico in verità che, come relazione, salvo qualche appunto che è stato fatto da parte anche di altri miei colleghi, che io condivido in pieno, in via di massima è una relazione diplomatica, è un discorso così, che non entra nei parti-

colari e che quindi in blocco si può anche accettare. Però se noi guardiamo al passato, al passato anteriore e al passato prossimo, dobbiamo guardarci in giro piuttosto sconfortati, in quanto che la Regione ha cessato di poter intervenire in molti campi e molti problemi son rimasti purtroppo ancora aperti. Problemi che io mi auguro verranno risolti dalle Province, che si sono sostituite appunto alla Regione, problemi però che forse noi avremmo potuto risolvere prima, problemi importanti, quali quello dell'agricoltura, quali quello dell'industria, della scuola, della difesa dell'ambiente naturale, ecc. Si è rimandato il discorso sui trasporti, sulla riforma ospedaliera, sono stati rinviati infiniti campi di intervento, e si son fatte molte leggi, io non discuto, sull'attività che è stata fatta dalla Giunta regionale e dal Consiglio, si son fatte molte leggi, le quali però, escluse alcune di grosse e di importanti, sono delle leggi tampone, delle leggi che servono a tirare avanti una situazione e non a risolverla completamente. Io vorrei soffermarmi e parlare della crisi dell'agricoltura, della mancanza di direttive precise che in questo campo non ci sono state; abbiamo visto ammazzare delle vacche, abbiamo visto dare dei contributi per acquistare delle vacche, abbiamo visto dei contadini che vengono tenuti in piedi con dei puntelli e servono fino a che un soffio di vento un po' più forte non fa cedere i puntelli e anche i contadini, abbiamo visto la crisi nella nostra regione dell'industria, una crisi che io ritengo sia data anche dalla — e risalgo a diversi anni fa — così, all'approssimazione con la quale si è studiato il problema, l'approssimazione con la quale si è pensato di industrializzare questa nostra regione, senza fare un discorso serio a monte dei problemi che riguardavano quale insediamento fare o meglio quali tipi di